Stenographischer Bericht

19. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

III. Periode — 19. Juli 1954.

Inhalt:

Personalien:

Entschuldigt sind die Abg. Dr. Speck und Stöffler (406).

Auflagen:

Bericht des Landeskulturausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 45, Gesetz, womit das Steiermärkische Jagdgesetz 1950, LGBl. Nr. 50, ergänzt und abgeändert wird;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 47, Gesetz, womit das Gesetz vom 27. Mai 1952, LGBl. Nr. 42, über die Einhebung einer Fremdenverkehrsabgabe im Lande Steiermark für Zwecke der Förderung des Fremdenverkehrs (Fremdenverkehrsabgabegesetz) geändert wird;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 48, Gesetz über die Einführung einer Landes-Kurabgabe;

Antrag der Abg. Wallner, Dr. Pittermann, Stiboller, Hegenbarth und Kollegen, Einl.-Zl. 157, betreffend weitestgehende Hilfeleistung für die von den Unwetterkatastrophen in der letzten Zeit schwer geschädigten Landwirte der West-, Süd- und Oststeiermark;

Antrag der Abg. Dr. Rainer, Hofmann-Wellenhof, Wegart, Wolf und Koller, Einl.-Zl. 158, betreffend Schritte bei der Bundesregierung zur Linderung der Not der Kriegsversehrten und Hinterbliebenen in Südtirol;

Antrag der Abg. DDr. Hueber, Ing. Kalb, Scheer, Strohmayer und Hafner, Einl.-Zl. 159, betreffend Abänderung des Gesetzes vom 18. Juni 1954, womit Vorschriften über den Verkehr mit land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken erlassen werden (Grundverkehrsgesetz) (407).

Zuweisungen:

Anträge, Einl.-Zln. 157, 158 und 159, der Landesregierung;

Regierungsvorlagen, Beilage Nr. 47 und Beilage Nr. 48, dem Finanzausschuß (407).

Anträge:

Antrag der Abg. Krainer, Wegart, Ing. Koch, Dr. Pittermann und Stiboller, betreffend Übernahme der Gemeindefraße St. Martin a. W. über Hierzmannsperre nach Edelschrott als Landesstraße (407).

Verhandlungen:

Mündlicher Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 42, zum Antrag der Abg. Scheer, DDr. Hueber, Ingenieur Kalb, Peterka, Strohmayer und Hafner, Einl.-Zl. 119, betreffend Abänderung des Straßenverwaltungsgesetzes, LGBl. Nr. 20/1938.

Berichterstatter: Abg. DDr. Hueber (407).

Redner: LR. Dr. Stephan (408), Abg. Peterka (408), Abg. Ing. Koch (409), Landeshauptmann Krainer (409), LR. Dr. Stephan (410), Abg. DDr. Hueber (410).

Annahme des Antrages (410).

Bericht des Landeskultur-Ausschusses, Beilage Nr. 46 über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 45, Gesetz, womit das Steiermärkische Jagdgesetz 1950, LGBl. Nr. 50, ergänzt und abgeändert wird.

Berichterstatter: Abg. Ertl (410).

Redner: Abg. 1. Präsident Wallner (411), Abg. DDr. Hueber (412), Abg. Dr. Kaan (413), Abg. Pölzl (417), Abg. Rösch (418), Abg. Scheer (419), LR. Prirsch (420), Abg. Pölzl (420), Abg. Ertl (420).

Annahme des Antrages (421).

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage zu Einl.-Zl. 42, betreffend die Erklärung der Gemeindefraße Gaisfeld—Ritzbauernkapelle als Landesstraße.

Berichterstatter: Ing. Koch (421).

Redner: LR. Dr. Stephan (422).

Annahme des Antrages (422).

Mündlicher Bericht des Volksbildungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 44, Gesetz über die Errichtung einer Hauptschule in Trofaiach.

Berichterstatter: Abg. Sebastian (422).

Annahme des Antrages (422).

Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 155, betreffend die Verleihung des Rechtes zur Führung der Bezeichnung „Marktgemeinde“ an die Gemeinde in Sankt Stefan im Rosental (politischer Bezirk Feldbach).

Berichterstatter: Abg. Hegenbarth (422).

Annahme des Antrages (423).

Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage zum Antrag der Landtagsabgeordneten Wallner, Hegenbarth, Stiboller, Berger und Oswald Ebner, Einl.-Zl. 84, betreffend Änderung der Kehrordnung 1949.

Berichterstatter: Abg. Weidinger (423).

Annahme des Antrages (423).

Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 148, Bericht des Rechnungshofes vom 14. Jänner 1954, Zl. 4664-11/1953, über das Ergebnis der Gebarungüberprüfung der Stadtgemeinde Kapfenberg für die Rechnungsjahre 1951 und 1952.

Berichterstatter: Abg. Bammer (423).

Annahme des Antrages (423).

Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage zu Einl.-Zl. 81, betreffend Personalvertretungsgesetz.

Berichterstatter: Abg. Hegenbarth (423).

Annahme des Antrages (423).

Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage zum Antrag der Abg. Strohmayer, DDr. Hueber, Scheer, Peterka und Hafner, Einl.-Zl. 128, betreffend Einführung eines Vergebungsausschusses.

Berichterstatter: Abg. Dr. Kaan (424).

Redner: Abg. Strohmayer (424), Abg. Dr. Rainer (425), Landeshauptmann Krainer (425), Abg. Strohmayer (426).

Annahme des Antrages (426).

Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 32, Gesetz über die Regelung des Heilquellen- und Kurortwesens in Steiermark. (Heilquellen- und Kurorte-Landesgesetz.)

Berichterstatter: Abg. Bammer (426).

Redner: Abg. Scheer (427).

Annahme des Antrages (427).

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 47, Gesetz, womit das Gesetz vom 27. Mai 1952, LGBl. Nr. 42, über die Einhebung einer Fremdenverkehrsabgabe im Lande Steiermark für

Zwecke der Förderung des Fremdenverkehrs (Fremdenverkehrsabgabegesetz) geändert wird.

Berichterstatter: Abg. Hofmann (427).

Redner: Abg. Scheer (427), Landeshauptmann Krainer (428), Abg. Hofmann (428), Abg. Scheer (429).

Annahme des Antrages (429).

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 48, Gesetz über die Einführung einer Landes-Kurabgabe.

Berichterstatter: Abg. Sebastian (429).

Redner: Abg. Schaefer (429), Abg. Sebastian (429).

Annahme des Antrages (430).

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 20 Minuten.

1. Präsident Wallner: Hoher Landtag! Ich eröffne die 19. Sitzung des Steiermärkischen Landtages und begrüße alle Erschienenen, insbesondere auch die Mitglieder des Bundesrates.

Entschuldigt haben sich die Abg. Dr. Speck und Stöffler.

Hohes Haus! In den letzten Wochen sind Naturereignisse eingetreten, die viel Leid und Not über weite Landstriche Österreichs gebracht haben. Schon die wochenlangen Regenfälle haben nicht nur in der Steiermark, sondern auch in den anderen Bundesländern großen Schaden an Kulturen angerichtet. In vielen Gegenden ist die Ernte durch Nässe vernichtet oder schwer beschädigt. Dazu ist in Oberösterreich und, wenn auch in etwas gemilderter Form, in Niederösterreich, eine Überschwemmungskatastrophe eingetreten, wie sie die jetzt lebende Generation kaum erlebt hat. Tausende Personen mußten ihre Wohnungen verlassen. Unermäßliche Schäden sind entstanden.

Ich glaube, mit den Abgeordneten des Hohen Landtages eines Sinnes zu sein, wenn ich den Präsidenten des Oberösterreichischen und Niederösterreichischen Landtages die Anteilnahme des Landes Steiermark an dem großen Leid, das so viele Personen betroffen hat, zum Ausdruck bringe.

Der Herr Landeshauptmann Josef Krainer hat einen Aufruf an die steirische Bevölkerung und an alle steirischen Gemeinden gerichtet, den Opfern der Hochwasserkatastrophe Spenden zukommen zu lassen. Die Steirische Landesregierung hat selbst schon beschlossen, einen größeren Betrag für diesen Zweck zu widmen. Ich appelliere an die Bevölkerung der Steiermark auch von dieser Stelle aus, diesem Aufruf weitgehendst nachzukommen.

Auf die heutige Tagesordnung können wir, wie ich bereits anlässlich der Einladung zu dieser Sitzung bekanntgegeben habe, als 1. Punkt die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 42, zum Antrag der Abgeordneten der Wahlpartei der Unabhängigen, betreffend Abänderung des Landesstraßenverwaltungsgesetzes, LGBl. Nr. 20/1938, setzen.

Als 2. Punkt beantrage ich, die Jagdgesetznovelle auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Landesregierung hat mit ihrer Vorlage, Beilage Nr. 45, ein Gesetz, womit das Steier-

märkische Jagdgesetz 1950, LGBl. Nr. 50, ergänzt und abgeändert werden soll, im Landtag eingebracht.

Diese Regierungsvorlage hat der Landeskulturausschuß in 3 Sitzungen eingehend behandelt. Er hat eine Reihe von Abänderungen beantragt, unter denen sich einige befinden, die wesentliche Bedeutung haben. Er hat daher einen schriftlichen Bericht über seine Beratungen erstattet, der in Druck gelegt wurde und als Beilage Nr. 46 aufliegt. Dieser schriftliche Bericht wird heute bei Abstandnahme von der 24stündigen Auflagefrist Gegenstand unserer Beratungen bilden.

Ferner können wir, nachdem der Finanzausschuß, der Volksbildungsausschuß und der Gemeinde- und Verfassungsausschuß am vergangenen Samstag Beratungen abgehalten haben, auf die Tagesordnung setzen:

3. die Regierungsvorlage zu Einl.-Zl. 42, betreffend die Erklärung der Gemeindefeld Gaisfeld—Ritzbauernkapelle als Landesstraße;

4. die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 44, Gesetz über die Errichtung einer Hauptschule in Trofaiach;

5. die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 155, betreffend die Verleihung des Rechtes zur Führung der Bezeichnung „Marktgemeinde“ an die Gemeinde Sankt Stefan im Rosental;

6. die Regierungsvorlage zum Antrag der Landtagsabgeordneten Wallner, Hegenbarth, Stiboller, Berger und Oswald Ebner, Einl.-Zl. 84, betreffend Änderung der Kehrordnung 1949;

7. die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 148, Bericht des Rechnungshofes vom 14. Jänner 1954, Zl. 4664-11/1953, über das Ergebnis der Gebärungsüberprüfung der Stadtgemeinde Kapfenberg für die Rechnungsjahre 1951 und 1952;

8. die Regierungsvorlage zu Einl.-Zl. 81, betreffend Personalvertretungsgesetz;

9. die Regierungsvorlage zum Antrag der Abgeordneten Strohmayr, DDr. Hueber, Scheer, Peterka und Hafner, Einl.-Zl. 128, betreffend Einführung eines Vergebungsausschusses (Ergänzung des Landesverfassungsgesetzes vom 4. Februar 1926).

Ich beantrage schließlich noch folgende besonders dringlich erscheinenden Verhandlungsgegenstände auf die heutige Tagesordnung zu setzen, und zwar:

die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 32, Gesetz über die Regelung des Heilquellen- und Kurortwesens in Steiermark (Heilquellen- und Kurorte-Landesgesetz);

die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 47, Gesetz, womit das Gesetz vom 27. Mai 1952, LGBl. Nr. 42, über die Einhebung einer Fremdenverkehrsabgabe im Land Steiermark für Zwecke der Förderung des Fremdenverkehrs (Fremdenverkehrsabgabegesetz) geändert wird;

die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 48, Gesetz über die Einführung einer Landes-Kurabgabe.

Die beiden zuletzt erwähnten Regierungsvorlagen liegen auf.

Die Aufnahme in die Tagesordnung erfolgt unter der Voraussetzung, daß der Gemeinde- und Verfassungsausschuß und der Finanzausschuß in der Lage sein werden, nach einer Unterbrechung der Landtagsitzung, während der sie zur Durchführung der Beratungen einberufen werden, einen positiven Antrag zu stellen.

Die Beratungen über die Beilagen Nr. 47 und 48 würden unter Abstandnahme von der 24stündigen Auflagerfrist erfolgen.

Ich ersuche die Abgeordneten, die mit dieser Tagesordnung einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschicht.)

Die Tagesordnung ist mit einer Mehrheit von über zwei Drittel angenommen.

Außer dem schriftlichen Bericht des Landeskulturausschusses, Beilage Nr. 46, über die Jagdgesetznovelle und den beiden vorerwähnten Regierungsvorlagen, Beilage Nr. 47, über die Abänderung des Fremdenverkehrsabgabegesetzes und Beilage Nr. 48, über die Einführung einer Landes-Kurabgabe liegen auf:

der Antrag der Abgeordneten Wallner, Doktor Pittermann, Stiboller, Hegenbarth und Kollegen, Einl.-Zl. 157, betreffend weitgehendste Hilfeleistung für die von den Unwetterkatastrophen in der letzten Zeit schwer geschädigten Landwirte der West-, Süd- und Oststeiermark;

der Antrag der Abgeordneten Dr. Rainer, Hofmann-Wellenhof, Wegart, Wolf und Koller, Einl.-Zl. 158, betreffend Schritte bei der Bundesregierung zur Linderung der Not der Kriegsverehrten und Hinterbliebenen in Südtirol;

der Antrag der Abgeordneten DDr. Hueber, Ing. Kalb, Scheer, Strohmayer und Hafner, Einl.-Zl. 159, betreffend Abänderung des Gesetzes vom 18. Juni 1954, womit Vorschriften über den Verkehr mit land- oder forstwirtschaftlichen Grundstücken erlassen werden (Grundverkehrsgesetz).

Unter der Voraussetzung, daß kein Einwand erhoben wird, werde ich die Zuweisung aller aufliegenden Geschäftsstücke mit Ausnahme des schriftlichen Berichtes des Landeskulturausschusses, Beilage Nr. 46, vornehmen.

Ein Einwand wird nicht erhoben.

Ich weise zu:

die Anträge, Einl.-Zl. 157, 158 und 159 der Landesregierung,

die Regierungsvorlagen, Beilage Nr. 47 und Beilage Nr. 48, dem Finanzausschuß.

Ich nehme die Zustimmung zu diesen konkreten Zuweisungen an, wenn kein Einwand vorgebracht wird.

Ein Einwand wird nicht vorgebracht.

Eingebracht wurde folgender Antrag:

Der Antrag der Abgeordneten Krainer, Wegart, Ing. Koch, Dr. Pittermann und Stiboller, betreffend Übernahme der Gemeindestraße

St. Martin a. W. über Hierzmansperre nach Edelschrott als Landesstraße.

Der ordnungsmäßig unterstützte Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Ich gebe weiters bekannt, daß die Steierm. Landesregierung in ihrer Sitzung am 13. Juli 1954 beschlossen hat, die Gesetzesvorlage, Beilage Nr. 33, betreffend die Novellierung des Fremdenverkehrsabgabegesetzes, zurückzuziehen. An ihre Stelle wurde die Beilage Nr. 47, die heute aufliegt, im Landtag eingebracht.

Wir gehen zur Tagesordnung über:

1. Mündlicher Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 42, zum Antrag der Abg. Scheer, DDr. Hueber, Ing. Kalb, Peterka, Strohmayer und Hafner, Einl.-Zl. 119, betreffend Abänderung des Landesstraßenverwaltungsgesetzes, LGBl. Nr. 20/1938.

Berichterstatter ist Abg. DDr. Hueber, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. DDr. Hueber: Hohes Haus! Die vorerwähnten Abgeordneten haben in der 14. Landtagsitzung am 15. März 1954 einen Antrag auf Abänderung des Landesstraßenverwaltungsgesetzes eingebracht, wonach im § 19 Abs. 1 und 2 das Wort: „Fuhrwerk“ durch das Wort „Fahrzeug“ und im § 20 Abs. 3 der Begriff „Fuhrwerksverkehr“ durch den Begriff „Fahrzeugverkehr“ ersetzt werden soll. Mit diesem Antrag wurde einer wiederholten Forderung der ländlichen Gemeindevertreter nach gleichmäßiger Heranziehung von Auto- und Pferdefrächtern zur allfälligen Beitragsleistung zu den Kosten der Erhaltung von Gemeindestraßen und Interessentenwegen Rechnung getragen.

Die Steiermärkische Landesregierung hat in der gegenständlichen Vorlage diesen Antrag als begründet übernommen und darauf hingewiesen, daß sie eine solche Gesetzesänderung bereits in der Regierungsvorlage beantragt hat, die in der vorhergegangenen Gesetzgebungsperiode unter Beilage Nr. 74 im Landtag eingebracht, aber nicht verabschiedet wurde.

Anlässlich dieser Gesetzesänderung hat es die Steiermärkische Landesregierung noch für notwendig befunden, dem § 20 folgenden neuen Absatz anzufügen: „Die näheren Bestimmungen über die Beitragspflicht, die Bemessungsgrundlage und die Höhe der Beitragsleistung werden durch Verordnung geregelt.“

Ferner hat die Steiermärkische Landesregierung die Neufassung des § 59 für erforderlich erachtet und damit begründet, daß eine vollständige Aufzählung der Landesstraßen im Gesetz unnötig sei und die Verlautbarung der jeweils als Landesstraßen, Eisenbahnzufahrtsstraßen und Konkurrenzstraßen geltenden Straßenzüge im Steiermärkischen Verordnungs- und Amtsblatt zweckmäßigerweise vorgesehen werden könne. Die von der Landesregierung be-

antragte Neufassung des § 59 lautet: „Die Straßenzüge, welche als Landesstraßen, Eisenbahnzufahrtsstraßen und Konkurrenzstraßen erklärt oder als solche aufgelassen werden (§ 8 Abs. 1), sind unter Angabe des Wirksamkeitsbeginnes der Erklärung oder der Auflassung im Verordnungs- und Amtsblatt für das Land Steiermark zu verlautbaren. In gleicher Weise sind jene Straßenzüge zu verlautbaren, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes als Landesstraßen, Eisenbahnzufahrtsstraßen und Konkurrenzstraßen gelten.“

Der Verkehrs- und volkswirtschaftliche Ausschuß hat sich mit dieser Regierungsvorlage beschäftigt und einstimmig die Annahme derselben beschlossen. Ich beantrage daher namens des Ausschusses, das Gesetz über die Abänderung des Landesstraßenverwaltungsgesetzes in der vorliegenden Fassung zu beschließen.

Landesrat Dr. Stephan: Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Wie Sie vom Bericht-erstatte bereits gehört haben, lag schon in der vorigen Gesetzgebungsperiode ein Antrag auf Änderung des Straßenverwaltungsgesetzes in dem heute vorgeschlagenen Sinn vor. Nach meinem Eintritt in die Steiermärkische Landesregierung wurden mir von mehreren Bezirkshauptleuten, aber auch von Vertretern ländlicher Gemeinden immer wieder Bitten in demselben Sinn unterbreitet. Begründet wurde von den Bezirkshauptleuten sowohl als auch von den Gemeindevertretern ihr Anliegen damit, daß es als eine grobe Ungerechtigkeit aufzufassen sei, daß auf den ohnedies nicht im besten Zustand befindlichen ländlichen Gemeindestraßen die motorischen Fahrzeuge, Traktoren, Lastautos nicht zur Beitragspflicht zur Erhaltung der Gemeinewege herangezogen werden können, während die Fuhrwerksbetriebe, also die Gespannfuhrwerke, sehr wohl diese Beiträge leisten müssen. Es erscheint mir vom rein rechtlichen Standpunkt dieses Anliegen daher begründet. Wieso es seinerzeit zu einer Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes kommen konnte, der entschieden hat, daß der Ausdruck „Fuhrwerke“ nur auf die Gespannfuhrwerke anzuwenden sei, daß weiß ich nicht. Es wäre, hätte damals der Verwaltungsgerichtshof anders entschieden, das heißt, hätte der gesagt, daß der Begriff „Fuhrwerke“ alles das umfaßt, was sich mit dem Fuhrwerk beschäftigt, auch wenn es mit Explosions- oder anderen Motoren angetrieben wird, eine solche Novellierung nicht notwendig gewesen. Nun aber ist die Novellierung notwendig geworden.

Nach Einbringung des Initiativantrages meiner Fraktion und nach Aufnahme dieses Initiativantrages durch die Regierung und nach Passierung des Ausschusses sind uns Bedenken einer bestimmten Gruppe von Fuhrwerken zu gekommen, welche zu berücksichtigen ursprünglich übersehen worden war. Die linienmäßigen Autobusunternehmen, gleichgültig, ob sie sich

als Privatunternehmen oder meinetwegen als Post mit der Beförderung von Personen beschäftigen, sind an uns mit Bedenken herangekommen. Sie benützen zwar wahrscheinlich nur in den allerseltensten Fällen Gemeindestraßen auf dem Land draußen; es wäre aber denkbar, daß Posthaltstellen in der Stadt sich auf Gemeindegrund befinden und daß tatsächlich durch eine Postautobushaltestelle oder durch eine Autobushaltestelle überhaupt eine Straße, die in einer Stadt als Gemeindestraße geführt wird, mehr als gewöhnlich beansprucht wird. Nun wäre es nach unserem Dafürhalten eine Ungerechtigkeit, wenn man von diesen Unternehmungen die gleichen Leistungen fordern würde, wie man sie von Kraftfahrzeugtransportunternehmen auf dem Land verlangen würde, die dort eine sich in mehr oder weniger gutem Zustand befindliche Gemeindestraße benützen. Wir haben daher den Entschluß gefaßt, hierauf bei der Novellierung Rücksicht zu nehmen und meine Fraktion wird einen diesbezüglichen Antrag stellen. Die Begründung hiefür lautet: Die Autobuslinien-Unternehmer können die Mehrkosten, die ihnen durch diese Straßenerhaltungspflicht auferlegt würden, nicht durch eine Erhöhung des Fahrpreises ausgleichen, da sie daran gebunden sind, ihre Tarife einzuhalten. Sie können auch nicht, wie das ein Lastkraftwagenbesitzer machen könnte, einen anderen Weg fahren oder eine andere Straße benützen, wenn die ihnen zum Kurs vorgeschriebene sich in einem schlechten oder kaum befahrbaren Zustand befindet. Sie können aber auch vor allen Dingen nicht die Zeit der Benützung dieser Straße verändern, da sie an ihre Kurszeiten gebunden sind. Da diese Unternehmungen ferner im öffentlichen Interesse fahren, aus diesen Gründen auch zum Beispiel für Arbeiter-Fahrgäste 50% Ermäßigung und für Schülerbeförderung sogar 75% Ermäßigung geben müssen, scheint es uns richtig und notwendig, auf diese Unternehmungen besondere Rücksicht zu nehmen.

Es ist daher zu dieser Vorlage, zu der ich nicht nur als Angehöriger meiner Fraktion, sondern auch als damit betrauter politischer Referent spreche, zu sagen, daß sie in der vorliegenden Fassung mit dem Zusatzantrag, der von meiner Fraktion jetzt gestellt werden wird, angenommen werden möge. Ich erkläre, daß meine Fraktion unter diesen Voraussetzungen ihre Zustimmung erteilen wird. (Beifall bei der WdU.)

Abg. Peterka: Gemäß § 34 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung stelle ich den Zusatzantrag, dem § 19 Absatz 2 des Landesstraßenverwaltungsgesetzes folgenden Satz anzufügen:

„Ebenso sind von der Beitragsleistung Unternehmen ausgenommen, die einen linienmäßigen Autobusverkehr zum Gegenstand haben.“ Die nähere Begründung hat mein Fraktionskollege schon abgegeben.

Abg. Ing. Koch: Hoher Landtag! Zum Abänderungsantrag zum Landesstraßenverwaltungsgesetz wäre folgendes zu sagen:

Es ist sicherlich manches dabei nicht klar genug ausgedrückt worden. Aus den angeführten Gründen, die schon mein Vorredner gebracht hat, bleibt zu überlegen, daß wir heute noch in unserem Lande viele Tausend Festmeter Holz nicht abführen können, weil die Bringung zu teuer ist. Auch in dieser Richtung sind also Überlegungen notwendig, es ist auf viele Dinge Bedacht zu nehmen und vor allem sind es die Beweggründe, die schon mein Vorredner gebracht hat. Es waren vor allem die Kammer der gewerblichen Wirtschaft und die Kammer für Land- und Forstwirtschaft, die mit allen diesen Änderungen an uns herangetreten sind, so daß unsere Fraktion sich entschlossen hat, einen Resolutionsantrag einzubringen, um untragbare Härten durch diese Änderungen zu vermeiden.

Ich stelle namens meiner Fraktion einen Resolutionsantrag, der lautet:

„Zu § 20: Die näheren Bestimmungen über die Beitragspflicht, die Bemessungsgrundlage und die Höhe der Beitragsleistung werden nach Anhören der zuständigen Berufsvertretungen durch Verordnung der Landesregierung geregelt.“

Die Begründung: Die mit der Durchführung des Gesetzes beauftragten Behörden haben darauf zu achten, daß durch die Änderung des Landesstraßenverwaltungsgesetzes nicht Härten entstehen, die zu einer untragbaren Besteuerung des gewerblichen Kraftfahrzeugverkehrs führen. Die Tatsache, daß die Verkehrssteuer, die Kraftfahrzeugsteuer und Mineralölsteuer, die eine wesentliche Einnahmepost des Bundeshaushaltes darstellen, von den Kraftfahrzeugbesitzern getragen werden, läßt eine untragbare Mehrbelastung nicht zu. Eine Heranziehung zur Beitragspflicht für Straßenstrecken, die durch ein im Sinne des § 1 Abs. 14 des Straßenpolizeigesetzes als verbaut geltendes Gebiet führen, soll unbedingt unterbleiben. Es dürfte auch keineswegs eine Beitragspflicht für Standplätze, Haltestellen oder für die normale Benützung von Straßen, Wegen und Plätzen konstruiert werden. Die Beitragspflicht dürfte sich lediglich auf eine außergewöhnliche Inanspruchnahme, die den Erhaltungszustand wesentlich beeinträchtigt und über die tragbare Belastung einer Straße hinausgeht, erstrecken.

Das vorliegende Gesetz soll vor allem dem Schutze der Gemeinde- und öffentlichen Interessentenwege der steuerschwachen Gemeinden dienen, die sonst nicht mehr in der Lage sind, diese Wege im fahrbaren Zustande zu erhalten.

Ich bitte das Hohe Haus um Zustimmung zu diesem Antrage.

Landeshauptmann Krainer: Hohes Haus! Mit dem Straßenverwaltungsgesetz wird eine sehr heikle Materie einer Ordnung zugeführt, Dieses

Gesetz stammt aus dem Jahre 1938 und hatte vorgesehen, daß für Straßen, die im besonderen durch schweren Fuhrwerksverkehr in Anspruch genommen werden, auch Erhaltungsbeiträge zu leisten sind. Die Forderung der Vertreter hinsichtlich der Interessenten-, Güter- und Gemeindewege, hier Ordnung zu machen, ist absolut gerechtfertigt. Nur darf eine Ordnung, wie sie jetzt beschlossen wird, nicht dazu führen, daß Kraftfahrzeugbetriebe und -unternehmungen eine Belastung erfahren, die für sie nicht tragbar wäre. Aus diesem Grunde hat der Klub der ÖVP einen Zusatzantrag gestellt, damit die zuständigen Kammern, ehe die Verordnung über die Beitragsleistung und Beitragspflicht beschlossen wird, gehört werden und daß nicht eine Beitragslast zur Auflage gelangt, die man füglich den betreffenden Fuhrwerksunternehmen nicht zumuten kann.

Im Zusammenhang mit der Behandlung dieses Gesetzes muß eines sehr klar gesagt werden: Schon die vorherige Periode des Landtages hat sich mit der Frage der Abänderung des Straßenverwaltungsgesetzes beschäftigt. Es ist zu keiner Beschlußfassung gekommen. In dieser Periode waren die Wünsche, die diesbezüglich vorgelegt sind, bekannt. Es hat nun der Klub der WdU für notwendig erachtet, einen Initiativantrag hier im Hohen Hause einzubringen, obwohl das zuständige Referat über diese Materie, also die Abt. 3, Straßenrecht u. dgl., vom WdU-Landesrat Dr. Stephan geführt wird. Es hätte im Falle einer notwendigen Änderung des Landesstraßenverwaltungsgesetzes das zuständige Referat eine Regierungsvorlage einbringen müssen, damit diese ordnungsgemäß den Kammern zugeschickt wird und die Kammern Gelegenheit gehabt hätten, ihre Stellungnahme zu beziehen. Man ist den umgekehrten Weg gegangen, es ist ein Initiativantrag gestellt worden und man kann, nachdem der VdU selbst einen Abänderungsantrag einbringen mußte, ermessen, wie heikel nicht nur diese, sondern verschiedene Gesetzesmaterien sind und es ist erst jetzt im Hohen Hause durch Anträge Vorsorge getroffen worden, daß nicht Belastungen eintreten, die der Landtag nicht wünscht und nicht will. Ich möchte daher bitten, daß solche Initiativanträge vorher wirklich gut überlegt werden und wenn möglich darauf Einfluß genommen werde, daß solche Anträge über die Regierung dem Hohen Hause zugestellt werden, damit die Belastung der Betroffenen wohl überlegt und abgewogen werden kann und dann dem Hohen Hause ein Elaborat vorliegt, daß den Gemeindestraßen und Interessentwegen dient, aber auch Belastungen verhindert, die weit über das hinausgehen, was der Gesetzgeber gewollt hat.

Es muß in diesem Zusammenhang klar ausgesprochen werden, daß mit dieser Novellierung nicht verbunden werden kann eine neue Haltestellensteuer oder Standplatzsteuer und ich bin davon überzeugt, daß die Antragsteller und der Ausschuß der Meinung waren und sind und daß das Hohe Haus der Meinung ist, daß damit wohl

für ländliche Straßen, die plötzlich überlastet werden, eine Beitragspflicht geschaffen, nicht aber für Straßen und Wege eine Beitragspflicht gefordert wird, die laufend und normal benützt werden und keinem besonderen Verschleiß ausgesetzt sind.

Ich glaube, daß durch den Zusatzantrag dieses Gesetz seinen Zweck voll und ganz erfüllt und damit verhindert wird, daß unnötige Belastungen auf der einen Seite eintreten, daß aber andererseits dort, wo rücksichtslos Gemeindegewege und Straßen einfach zerfahren und zerschlagen werden, auf Grund des Gesetzes die Bezirksverwaltungsbehörden die Möglichkeit haben, einzugreifen und auch Vorschriften zu erlassen, damit unser Straßennetz und letzten Endes auch die Gemeindestraßen und Interessentenwege, die an 2000 km betragen, erhalten bleiben und normal befahren werden können. (Beifall bei ÖVP.)

Landesrat **Dr. Stephan**: Auf die Ausführungen des Herrn Landeshauptmannes möchte ich ganz kurz einige Worte sagen: Ich habe genau in Erinnerung, daß ich die Materie dieser Novellierung des Straßenverwaltungsgesetzes in einer Regierungssitzung als Anregung zur Sprache brachte, daß es aber damals hieß, diese heikle Materie sei schon einmal zurückgestellt worden und man müsse eben darüber erst nachdenken. Wie schon in anderen Fällen, ist auch in dieser Beziehung dann eine Stellungnahme in der Regierungssitzung nicht mehr erfolgt.

Der Vorwurf, der darin gipfelt, daß dadurch, daß dies als Initiativantrag eingebracht wurde, die Kammern um ihre Stellungnahme nicht befragt werden konnten, geht nach meinem Dafürhalten — und ich hoffe auch nach dem Dafürhalten der meisten hier Anwesenden — deshalb ins Leere, weil in dem Ausschuß, der diese Regierungsvorlage behandelt hat, Leute gesessen sind und noch sitzen, die als Vertreter des Gewerbes ihre Stimme abzugeben haben. Es ist aber in diesem Ausschuß eine Wortmeldung von Seiten dieser Herren nicht erfolgt. Es wäre durchaus möglich gewesen, daß die genannten Herren, da sie zugleich auch Kammerzugehörige sind und außerdem — zum Unterschied von mir — sich schon in der vorhergehenden Gesetzgebungsperiode mit dieser Materie befaßt haben, ihre Meinung äußern. Die Sache war aber eine andere. Ich habe, wie Sie mir alle bestätigen werden, meinen Vortrag ursprünglich als Referent sachlich und objektiv gehalten, ich habe von jeder politischen Polemik abgesehen, muß aber nun folgendes feststellen: Die Bitten der verschiedenen Unternehmer um Zusatzanträge sind nicht nur an uns herangetragen worden, es ist aber so gewesen, daß man anderswo gesagt hat, „ja, da kann man nichts machen, das habt Ihr eben dem VdU zu verdanken“. Man hat also sehr gerne die Verantwortung für eine Gesetzesnovellierung auf die Schultern anderer abgewälzt und sich die Hände wie Pontius Pilatus in Unschuld gewaschen, indem man sagte, „das

ist der VdU gewesen“. Daß die Leute, die um solche Zusatzanträge bzw. Abänderungen an uns herangetreten sind, auch zählen können und daher wissen müssen, daß der VdU mit 6 Stimmen eine Gesetzesnovellierung nicht durchbringen kann, scheint übersehen worden zu sein.

Ich muß Ihnen sagen, daß es keinen Sinn hat, sich über solche Dinge weiter polemisch zu unterhalten. Ich habe mich daher vorher befließigt, sachlich zu diesen Dingen Stellung zu nehmen, so wie es die Sache verdient, nicht aber notwendig, gegen irgend eine andere Partei oder Fraktion ausfällig zu werden. (Beifall bei der WdU.)

Präsident: Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichtersatter Abg. **Dr. Hueber**: Ich nehme beide Zusatzanträge in meinen Antrag auf und bitte das Hohe Haus, auch diesen Anträgen zuzustimmen.

Präsident: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ich bitte jene Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

2. Bericht des Landeskulturausschusses, Beilage Nr. 46, über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 45, Gesetz, womit das Steiermärkische Jagdgesetz 1950, LGBl. Nr. 50, ergänzt und abändert wird.

Berichterstatter ist Abg. **Ertl**. Ich erteile ihm das Wort.

Berichtersatter Abg. **Ertl**: Hoher Landtag! Der Verfassungsgerichtshof hat mit seinem Erkenntnis vom 17. März 1954 entschieden, daß einige Bestimmungen in den Satzungen der Steirischen Jägerschaft über die Einhebung von Beiträgen gesetzlich nicht gedeckt seien. Gleichzeitig hat er eine Frist bis 17. September 1954 gesetzt, innerhalb welcher die gesetzlichen Grundlagen hierfür hergestellt werden müssen, widrigenfalls weitere Beitragseinhebungen in dieser Form ungesetzlich würden. Damit sah sich der Landtag vor die Notwendigkeit gestellt, das Steirische Jagdgesetz, welches für die Verordnung über die Satzungen der Steirischen Jägerschaft die Grundlage bildet, noch in dieser Frühjahrsession auf die Tagesordnung zu setzen. Damit war aber auch die Türe allen Wünschen geöffnet, die sich recht zahlreich und von verschiedenster Seite für eine Novellierung des Steiermärkischen Jagdgesetzes auch in anderen Richtungen angemeldet haben, darunter vor allem die Landwirte, die Forstwirte und schließlich die Jäger selbst. Unser Jagdgesetz ist verhältnismäßig jung und hat sich in der Hauptsache bewährt, aber der Schutz von Land- und Forstwirtschaft verlangt dringend nach neuen Maßnahmen. Für diese trat vor allem die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft nachdrücklichst ein. Es hat die Lan-

desregierung durch ihre zuständige Abteilung Anregungen und Wünsche, deren Berechtigung sich aus den Erfahrungen der letzten Jahre ergaben, in einen Novellierungsantrag zusammenfassen lassen, der Ihnen in Beilage 45 zu den Stenographischen Berichten vorlag. Dieser Entwurf bildete nun im Landeskulturausschuß den Gegenstand vielstündlicher, ja tage- und nächtelang sich erstreckender Beratungen. Selten ist noch ein Gesetzesänderungsentwurf mit so viel Eifer, Genauigkeit und Beharrlichkeit in jeder Einzelheit beraten und umkämpft worden. Umsomehr befriedigt es mich, Ihnen nunmehr den vorliegenden Bericht des Landeskulturausschusses, der, abgesehen von einem Minderheitsantrag, vollständige Einmütigkeit in allen wesentlichen Belangen erzielt hat, zur Annahme vorlegen zu können.

Aus diesem Bericht seien hier im großen und ganzen nur drei wesentliche Momente hervorgehoben:

1. bleibt die Einrichtung des Abschlußplanes, sie wird aber aus einer Bewilligung in eine Verpflichtung zum Wildabschuß umgewandelt, die der Jagdberechtigte Jahr für Jahr bei sonstigen schweren Folgen erfüllen muß,

2. werden der Steirischen Jägerschaft jene Einrichtungen in die Hand gegeben, die es ihr ermöglichen sollen, die Verantwortung für die richtige Wildabschußplanung zu tragen,

3. wird nun auch die Vergütung der Forstschäden so geregelt, daß ein weiteres Überhandnehmen derselben unterbunden werden soll.

Mit unbestreitbarem Recht verlangen die Landwirte wie die Forstwirte, daß ihre Kulturen vor einer Verwüstung durch eine Überzahl von Wild bewahrt werden. Ebenso unbestreitbar ist auch der Wunsch der steirischen Jäger und der Bevölkerung, ihr schönes gottgesegnetes Land, diese herrliche Natur, so wie wir sie von den Vätern übernommen haben, belebt durch die heimischen Tierarten, zu bewahren. Einen gerechten und sinnvollen Ausgleich nach diesen beiden berechtigten Wünschen will diese Gesetzesvorlage erreichen.

Ich beantrage daher, der Hohe Landtag wolle den beiliegenden Entwurf des Gesetzes, womit das Steiermärkische Jagdgesetz 1950, LGBl. Nr. 50, ergänzt und abgeändert wird, zum Beschluß erheben.

(Während der Ausführungen des Berichterstatters hat 2. Präsident **O p e r s c h a l l** den Vorsitz übernommen.)

Präsident Abg. Wallner: Hoher Landtag! Wenn ich mich zur Novellierung des Steiermärkischen Jagdgesetzes zum Worte melde, so möchte ich zunächst vor den Vertretern der Land- und Forstwirtschaft meine Befriedigung darüber zum Ausdruck bringen, daß es in verhältnismäßig kurzer Zeit gelungen ist, die an sich schwierige Materie im Landtage so zu behandeln, daß es nun zu einer Novellierung des

Jagdgesetzes kommt, die allen Beteiligten das bringen wird, was eben erwartet werden kann.

Die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft hat schon im Vorjahre in der Vollversammlung den Beschluß gefaßt, bei der Steiermärkischen Landesregierung eine Novellierung des Jagdgesetzes zu beantragen. Auch wurde der Beschluß gefaßt, die Abschlußpläne abzuschaffen. Dieser Beschluß hat unter der Jägerschaft viel Mißstimmung ausgelöst und es ist zu Verhandlungen zwischen Vertretern der Land- und Forstwirtschaft und der Jägerschaft gekommen. Wir haben hier den Anregungen der Jägerschaft nachgegeben, die Abschlußpläne zu belassen, umsomehr, als die Erhebungen ergeben haben, daß nicht diese an der Vermehrung des Wildstandes die Schuld tragen, auch nicht eine zu niedrige Festsetzung in den Abschlußplänen, sondern, daß vielfach die bewilligten Abschlußpläne nicht erfüllt worden sind. Wir, sowohl die Vertreter der Land- und Forstwirtschaft wie auch der Jägerschaft, haben uns entschlossen, die bisherigen Abschlußpläne, die nur eine Erlaubnisbestimmung waren, in Pflichtabschußpläne umzuwandeln und wir hoffen, daß diese Handhabung es in der Zukunft mit sich bringen wird, daß die Wildbestände auf jenes Maß gesetzt werden, das für die Land- und Forstwirtschaft vertretbar ist, aber auch der Jagd selbst keinen allzugroßen Schaden zufügt.

Wir haben bei der Behandlung dieses Gesetzes auch noch neue Bestimmungen über die Wildschadensvergütung aufgenommen. Es ist eine Tatsache und wird immer wieder durch Zuschriften von Land- und Forstwirten zum Ausdruck gebracht, daß in bestimmten Gebieten von Steiermark enorme Wildschäden in den Forsten auftreten. Das bisherige steirische Jagdgesetz hat von Vergütungen von Forstschäden nicht gesprochen, es bestand nur eine allgemeine Bestimmung, daß der Schaden an Kulturen zur Zeit der Ernte abzugelten ist. Diese Bestimmung hat auf den Forst nicht Anwendung gefunden. Hätte sie Anwendung gefunden, wäre ein Jagdpächter von heute in die unmögliche Situation gekommen, einen Schaden vergüten zu müssen, der vor 40 oder 50 Jahren entstanden ist, also zu einer Zeit, da er nicht Pächter der Jagd war. In den Bestimmungen über die Schadensvergütung ist auch ein Termin gesetzt, innerhalb welcher Zeit der Schaden am Forst angemeldet werden muß, um nicht Schadensvergütungen für eine länger zurückliegende Zeit heraufbeschwören, die von niemand getragen werden können.

Es wurde auch die Dreiviertelanschlußfrage neu geregelt. Bisher war ausgesprochen, daß nur der Eigenjagdberechtigte einen Dreiviertelanschluß für sich beanspruchen könne. In die Novellierung des Jagdgesetzes wurde aufgenommen, daß hier die Wechselseitigkeit besteht und daß auch die Gemeindejagd- sowie die Eigenjagdberechtigten das Recht haben, den Dreiviertelanschluß für sich in Anspruch zu nehmen.

Wir haben auch die Schußzeiten für die einzelnen Tierarten so verlängert, daß man an-

nehmen kann, die vorgesehenen und notwendigen Abschüsse werden auch entsprechend erfüllt werden können.

Ich bedaure es sehr, daß ein Antrag der Vertreter der ÖVP in der Minderheit geblieben ist und deshalb heute als Minderheitsantrag hier im Hohen Hause gestellt werden muß. Das steirische Jagdgesetz spricht klar und deutlich aus, daß die Jagd ein Bestandteil des Grund und Bodens ist oder der Besitzer von Grund und Boden über die Jagd verfügen kann. Das kommt dadurch zum Ausdruck, daß derjenige, der mehr als 115 ha in einer Fläche besitzt, die Eigenjagdberechtigung hat, während die Vielzahl von Parzellen in der Gemeinde durch die Gemeinde in ihrer Gesamtheit zu Vergebung gelangen. Wir haben bei der Vergebung durch die Gemeinden im allgemeinen keine Anstände, das möchte ich gerne feststellen. Es gibt aber auch Gemeindevertretungen im Lande, die eine Zusammensetzung aufweisen, die man keineswegs als die Vertretung des Eigentumsrechtes an Grund und Boden bezeichnen kann. Die Vertreter der ÖVP haben deshalb im Landeskulturausschuß den Antrag gestellt, daß in jenen Gemeinden, in denen nach einer geheimen Abstimmung die Mehrheit der kammerzugehörigen Grundbesitzer verlangt, daß die Gemeindejagd vom Gemeindebauernausschuß vergeben werden soll, diesem Verlangen stattzugeben ist. Mit diesem Antrage, der ausführlich besprochen war, sind wir in der Minderheit geblieben. Ich bedaure das sehr.

Im allgemeinen möchte ich feststellen, daß diese heikle Materie in der letzten Zeit viel Staub aufgewirbelt hat. Es ist schon einmal so, daß alles das, was Leidenschaften im Leben erwecken kann, in der Begründung der einzelnen Standpunkte oft zu Übertreibungen führt. So mußten wir hier, die Vertreter der Jägerschaft und die Vertreter der Land- und Forstwirtschaft, den goldenen Mittelweg gehen, der einmal den Weiterbestand der Jagd in Steiermark in einer Weise sichert, daß das Jagdland Steiermark das bleibt, was es immer war, der aber auch den berechtigten Wünschen und Beschwerden der Land- und Forstwirtschaft insofern Rechnung trägt, als die Jagdbetreuung sich mehr auf die Qualität der Tiere und nicht so sehr auf die Anzahl der gehegten Tiere beziehen soll. Nach unserer Auffassung ist es sehr wohl möglich, daß beide Standpunkte, richtig angewendet, bestehen können und beiden Rechnung getragen wird.

Ich bin mir darüber im klaren, daß mit einem Gesetz die letzten Dinge nicht geregelt werden können, das es letzthin auf den Geist ankommt, der hier herrscht und ich möchte, sowie ich den Interessen der Land- und Forstwirtschaft entgegenkommen habe, daß man in der Aufzählung von Schäden vorsichtig sein müsse und nicht zu sehr übertreiben dürfe, in gleicher Weise auch die Jägerschaft und die Jagdausübungsberechtigten auffordern, ihrerseits über die Bestimmungen des Gesetzes hinaus dazu beizutragen, daß Jagd und Schonung des Wildes so vor sich geht, daß es in Zukunft nicht mehr zu berechtigter

Kritik von dieser oder jener Seite kommt. Es soll einerseits die Jagd in Steiermark bestehen können und andererseits auch die Landwirtschaft keinen Anlaß zur Klage haben. Ich will hoffen, daß die Novellierung dieses Gesetzes dazu beitragen wird, daß in Zukunft beide Standpunkte wohl nebeneinander bestehen können. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. **DDr. Hueber**: Hoher Landtag! Es liegt ein Minderheitsantrag der ÖVP vor. Zu diesem Minderheitsantrag müssen wir uns äußern, nachdem wir ja „das Zünglein an der Waage“ sind und man sagen wird, die WdU sei schuld daran, daß die ÖVP mit ihrem Antrag in der Minderheit geblieben ist.

Ich muß dabei auf den Anlaß zur gegenständlichen Novellierung zurückgreifen. Der Anlaß zur Novellierung des Steiermärkischen Jagdgesetzes war — wie der Herr Berichterstatter ausgeführt hat — ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes. Dieses Erkenntnis hat Bestimmungen der Satzung der Steirischen Jägerschaft über die Mitgliedsbeiträge als gesetzwidrig aufgehoben, weil diese Bestimmungen im Jagdgesetz keine gesetzliche Grundlage finden. Der Wirksamkeitsbeginn dieser Aufhebung wurde mit 17. September 1954 bestimmt. So nebenbei hat der Verfassungsgerichtshof aber auch ausgesprochen, daß gewisse Bestimmungen des Steiermärkischen Jagdgesetzes sich ebenfalls als verfassungswidrig erweisen, und zwar als der Verfassung widersprechende Ermächtigungen zur Erlassung selbständiger Verordnungen. Diese Beanstandungen des Verfassungsgerichtshofes mußten dringlich behoben werden. Es kamen aber auch noch weitere Wünsche, wie der Herr Berichterstatter ausgeführt hat, die angemeldet wurden, die gleichfalls als dringlich bezeichnet wurden und ihre Aufnahme in die Regierungsvorlage gefunden haben. Es handelt sich hier um die Wildabschußpläne, um die Wildschäden, Jagdeinschlüsse und dergleichen.

Ich muß im Namen meiner Fraktion nachdrücklich feststellen, daß der ÖVP-Antrag auf Vergebung der Gemeindejagd durch den Gemeindebauernausschuß nicht in die Regierungsvorlage aufgenommen wurde, obgleich dies auf Grund der Referatsverteilung im Bereich der Möglichkeit gelegen wäre. Die ÖVP hat es vorgezogen, während der Beratungen, die unter ausgedehntem Zeitdruck gestanden sind — wir haben doch, um das Gesetz zu verabschieden, bis über Mitternacht hinaus beraten —, diesen Antrag als Zusatzantrag in die Beratungen hineinzuwerfen.

Meine Damen und Herren! Ein Antrag, der die Vergebung der Gemeindejagden vom Gemeinderat auf den Gemeindebauernausschuß überleiten will, rührt tatsächlich am System des Steiermärkischen Jagdgesetzes. Die Behandlung eines solchen Antrages kann nicht im Zuge einer als äußerst dringlich hingestellten Novellierung einzelner Gesetzesbestimmungen erfolgen, sondern ein solcher Antrag kann nur im Wege einer umfassenden Reform des Steiermärkischen Jagd-

gesetzes behandelt werden. (Rufe: „Aber! Aber!“ bei ÖVP.) Ich muß dies nun einigermaßen näher begründen: Man muß hier von der im Gesetz gezogenen Unterscheidung zwischen Jagdrecht und Jagdausübungsrecht ausgehen. Was das Jagdrecht ist, sagt der § 1 des Steiermärkischen Jagdgesetzes: „Das Jagdrecht besteht in der ausschließlichen Berechtigung, innerhalb des zustehenden Jagdgebietes die jagdbaren Tiere unter Beobachtung der gesetzlichen Bestimmungen der im waidmännischen Betriebe üblichen Weise zu hegen, zu verfolgen, zu fangen und zu erlegen, ferner dieselben und deren etwa abgetrennte nutzbare Teile sowie verendetes Wild sich anzueignen“. Und sehr richtig sagt der § 3 Abs. 1 des Steiermärkischen Jagdgesetzes: „Das Jagdrecht ist mit dem Grundeigentum untrennbar verbunden und steht daher dem jeweiligen Grundbesitzer zu.“ Von diesem Jagdrecht müssen wir aber, wie ich bereits ausgeführt habe, das Jagdausübungsrecht unterscheiden, das die Befugnis zur Ausübung der Jagd darstellt. Diese Befugnis steht dem Grundbesitzer, abgesehen von Tiergärten, nur beim Vorliegen eines Eigenjagdgebietes zu. Alle übrigen Grundstücke bilden nach dem Steiermärkischen Jagdgesetz das Gemeindejagdgebiet, welches nach dem Steiermärkischen Jagdgesetz der Verwaltung des Gemeinderates unterstellt ist. Es heißt hier im § 13 des Jagdgesetzes: „In Rücksicht auf die Ausübung und Verwaltung der Jagd auf Gemeindejagdgebieten werden die Grundbesitzer durch den Gemeinderat und den Bürgermeister nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes vertreten.“

Meine Damen und Herren! Diesem System der Gemeindejagd, welches in den Landesgesetzen von Steiermark, Salzburg und Wien gilt, steht das System der Jagdgenossenschaft gegenüber, ein System, das in den übrigen Bundesländern Geltung hat und auch im Reichsjagdgesetz, daß von 1938 bis 1945 bei uns gegolten hat, enthalten ist. Die Verwaltung der Jagd obliegt bei dem letztgenannten System nicht dem Gemeinderat, sondern der Jagdgenossenschaft, d. h. der Gesamtheit der Besitzer jener Grundstücke, die zum Jagdgebiet gehören.

Hohes Haus! Wir stimmen nicht gegen den ÖVP-Antrag, um uns zum Gemeindejagdsystem zu bekennen, wir stimmen gegen den ÖVP-Antrag deshalb, weil wir uns zur Jagdgenossenschaft bekennen, mit der der vorgeschlagene Gemeindebauernausschuß überhaupt nichts zu tun hat. Der Gemeindebauernausschuß ist nicht die Gesamtheit der Grundbesitzer eines Jagdgebietes, noch ist er ein von diesen Grundbesitzern frei gewähltes Organ. (Abg. Dr. Kaan: „Deshalb die Abstimmung!“) Der Gemeindebauernausschuß ist ein von der Bezirkskammer bestellter Ausschuß (Abg. Dr. Kaan: „Der gewählt ist!“), der an die Weisungen der Landes- und Bezirkskammern gebunden ist. Ich verweise da, Hohes Haus, auf die Bestimmungen des § 34 des Steiermärkischen Bauernkammergesetzes. Diese lauten: § 34 Abs. 1: „Für das Ge-

biet jeder Gemeinde wird ein Gemeindebauernausschuß bestellt, der nach dem Namen der Gemeinde benannt wird. Über Antrag der Bezirkskammer kann die Landes- und Bezirkskammer unter Bestimmung des Sitzes und der Benennung die Bildung eines gemeinsamen Gemeindebauernausschusses für zwei oder mehrere Nachbargemeinden oder die Bildung mehrerer Gemeindebauernausschüsse für das Gebiet einer größeren Gemeinde mit gleichzeitiger Wirkung für die Ausdehnung der Wahlsprengel verfügen.“ Abs. 3: „Die Mitglieder des Gemeindebauernausschusses werden nach dem Verhältnis des Wahlergebnisses der Kammerwahlen in den betreffenden Ausschussbereich über Vorschlag der wahlwerbenden Gruppen von der Bezirkskammer bestellt. Die Bezirkskammer ist berechtigt, die Umbesetzung des Gemeindebauernausschusses zu begehren und zu diesem Zwecke die Neuerstellung von Vorschlägen zu verlangen.“ Abs. 8: „Der Gemeindebauernausschuß und der Gemeindebauernobmann sind grundsätzlich an die Anordnungen und Weisungen der Landes- und Bezirkskammer gebunden und unterliegen der Aufsicht der Bezirkskammer.“

Hohes Haus! Die Jagdvergebung einem solchen Ausschuß zu überlassen, lehnen wir von der Wahlpartei der Unabhängigen ab. Die Vergabe der Jagd gehört nach unserer Meinung weder in die Hand des Gemeinderates, noch in die Hand des Gemeindebauernausschusses, sondern in die Hand der Grundbesitzer selbst. (Landesrat Prirsch: „Das haben Sie im Ausschuß nicht gesagt!“) Dazu bedarf es aber einer umfassenden Reform des steirischen Jagdrechtes auf der Grundlage der Jagdgenossenschaft, einer Reform, die im Zuge einer Novellierung einzelner Bestimmungen des geltenden Jagdgesetzes nicht durchgeführt werden kann. (Landesrat Prirsch: „Späte Erkenntnis!“) Zu einer solchen grundlegenden Reform des Steiermärkischen Jagdgesetzes sind wir von der WdU aus jederzeit bereit und wir kündigen Ihnen heute schon unsere Initiative für die kommende Herbstsession an. (Zwischenruf: „Schon wieder eine Initiative!“) Wir lehnen es aber ab, an Stelle der Jagdgenossenschaft den bestellten und weisungsgebundenen Kammerausschuß treten zu lassen und hiedurch die erforderliche Reform des steirischen Jagdrechtes vereitelt zu wissen. Aus diesem Grunde, meine Herren von der ÖVP, stimmen wir gegen Ihren Minderheitsantrag. (Beifall bei der WdU.)

Abg. Dr. Kaan: Hoher Landtag! In der Stellung der ÖVP zur Jagd und in der Beratung zum Jagdgesetz spiegelt sich die Bedeutung, aber auch die volle Schwierigkeit dieses Problems. Die Mehrzahl der Abgeordneten unserer Fraktion sind Landwirte und innerhalb der Jäger sind auch wieder die Landwirte in der Mehrzahl. In unseren Reihen stehen auch Vertreter der Forstwirte und viele Forstwirte, ja die meisten Forstwirte sind auch Jäger. In unseren Reihen stehen schließlich die Vertreter jener Bevölkerungsschichte, die in der Stadt wohnt, die in der Jagd

ihre Erholung sucht und in der Jagd die einzige Verbindung des Städters mit der Natur und dem Lande erblickt. Schließlich haben wir uns die Pflicht und Erhaltung der seelischen und ethischen Werte auf die Fahne geschrieben, vor allem die Erhaltung des Überkommenen, Wertvollen und wenn wir das alles auf die Jagd beziehen, müßten wir zur Einsicht kommen, daß dieses wertvolle Bestehende nur auf ganz neuen Wegen erhalten werden kann. Ich werde mir erlauben, Ihnen im Nachfolgenden zu erläutern, warum diese neuen Wege beschritten werden müssen und worin sie bestehen.

Wir sind in einer rapiden Entwicklung der Technik begriffen und diese Technik überwältigt die Natur, überwältigt die Fauna im weitesten Sinne und das Reich der Flora zum Teil und alle die Forstwirte, die Bewahrer des Waldes, der Heimat des Wildes, klagen vielerorts darüber, inwiefern die Technik sie zurückdrängt. Wieviel mehr würde das Wild klagen, wenn es sprechen könnte. Dem Wild wird sein Lebensraum ununterbrochen gestört und eingeengt, neue Straßen werden gebaut, Städte und Siedlungsräume erweitern sich, die Verkehrsmittel werden zahlreicher und schneller und vor allem auch die Waffentechnik hat ungeahnte Fortschritte gemacht. Man ist heute so weit, daß es praktisch binnen weniger Tage oder Wochen zur völligen Vernichtung des Haarwildes führen könnte, wenn jeder schießen würde mit jeder Waffe, die er sich beschaffen darf und kann. Diese Störung des Gleichgewichtes in der Natur hat auch zu anderen Folgen geführt, vor allem dazu, daß die Wilddichte sich innerhalb des Landes verschoben hat. Das Wild ist in gewisse Teile des Waldes aber auch der Felder gewandert, wo es sonst nicht seinen Einstand hatte und richtet dort Schaden an im zunehmenden Maße; beängstigenden Schaden in den Wäldern, weil es sich dort Unarten angeeignet hat, insbesondere das Rotwild das sogenannte Schälen, das früher kaum merklich war, heute aber zu großen Schäden führt.

Als ich vor 4 Jahren durch Wahl in die Leitung der Jägerschaft berufen wurde, war es mir sofort klar, 1. daß die Öffentlichkeit für alle diese Nachteile und Schäden hauptsächlich die Jägerschaft verantwortlich macht, 2. daß die Jägerschaft auch die Verantwortung dafür tragen soll, wozu diese Organisation der Jägerschaft besteht und 3. daß die Einrichtung dieser Organisation keine solche ist, um die Verantwortung tragen zu können. In dieser Richtung sollten eben Änderungen eintreten und ich bin überzeugt, daß in diesen wesentlichen Punkten die vorliegende Novelle entspricht.

Die neuen Wege, die beschritten wurden, liegen in der Hauptsache in der Umwandlung des Wildabschußplanes als eine Berechtigung in eine Verpflichtung und um diesen Wechsel ranken sich alle anderen wesentlichen Änderungen, die nunmehr vorgeschlagen sind und beschlossen werden sollen. Eine kurze Erläuterung: Der Abschlußplan ist keine Erfindung der Jäger gewesen,

der Abschlußplan ist nichts anderes als ein Wirtschaftsplan, den seit eh und jeh jeder Revierinhaber im voraus für ein oder mehrere Jahre aufgestellt hat. Es kann nicht erst dem Beginn der Schußzeit überlassen werden und dem Fortschritt während der Schußzeit, um dann zu sagen: Jetzt höre ich auf. Diese Wirtschaft muß wie jede Wirtschaft auch innerhalb des Revieres geplant werden. Neu eingeführt ist die Aufstellung eines Jahresabschußplanes, dessen Einhaltung jedem Revierinhaber zur Pflicht gemacht werden soll. Es ist selbstverständlich eine begreifliche menschliche Schwäche der meisten Revierinhaber, daß sie wünschen, möglichst viel abschießen zu können und in diesem Sinne den Wildstand überhöhen, um eine höhere Bewilligung zu erhalten. Die Folge davon war, daß entweder dieser Abschluß in zu hohem Ausmaße getätigt, häufig aber auch nicht eingehalten wurde und es blieb eben bei der Bewilligung. Die Ausübung, die Verwirklichung der Bewilligung blieb allzuoft weit hinter der Erlaubnis zurück. Dadurch entstand ein falsches Bild in mehrfacher Hinsicht. Nun hat eine solche bloße Bewilligung vom höheren Gesichtspunkt ihre Aufgabe nicht erfüllt. Das Wild ist flüchtig, bleibt nicht in einem Revier, ist nicht standorttreu. Das Rotwild wechselt über viele Reviere und sein Wechsel kann sich über Tagesmärsche erstrecken. Es kann also, um in dieser Hinsicht wirklich eine ordentliche Wirtschaft zu planen, das nur vom höheren Gesichtspunkt des Bezirkes oder des Landes gemacht werden. So ist es auch geplant. Und damit nun diese Planung wirksam wird von Jahr zu Jahr, um dort, wo tatsächlich eine zu große Wilddichte ist und die Schäden zunehmen, mit gebotener Raschheit eingegriffen werden kann, muß der Vollzug geregelt werden und der Vollzug liegt darin, daß dem Revierinhaber der Auftrag gegeben wird, so viele Abschüsse zu tätigen, daß diese oder jene Wilddichte, die eben als tragbar befunden wird, erreicht wird. Dieser Abschlußplan drückt sich zahlenmäßig, aber auch qualitätsmäßig aus. Die Aufgabe der Jägerschaft ist nicht nur, das Wild der Zahl nach zu erhalten, sondern es auch in bestimmter Qualität zu erhalten.

Um nun die Einhaltung des Abschlußplanes garantieren zu können, muß ein bestimmter Apparat bestehen und der ist geschaffen durch die Organisation der Steirischen Jägerschaft. Etwas, was sich so auf breite Flächen verteilt und so im stillen und geheimen, ich möchte fast sagen, in der Dämmerung vor sich geht wie der Abschluß des Schalenwildes, bedarf einer sehr fachkundigen Kontrolle, damit sie wirksam ist. Es scheint mir daher recht und billig, daß diese Kontrolle in erster Linie in die Hände der Jägerschaft gelegt ist. Damit diese Kontrolle als das empfunden wird, was sie ist, bedarf sie, um ihre erzieherische Aufgabe und ihre leitende Aufgabe zu erfüllen, einer gewissen Autonomie und in unserem Staatswesen kann eine Autonomie nur dann bestehen und wirkungsvoll sein, wenn sie auf demokratischer Grundlage errich-

tet ist. Deshalb haben wir auch den Abänderungsantrag, der dahin gegangen ist, das Verhältniswahlrecht, wie es bei allen anderen Wahlen in Körperschaften immer gilt, auch hier einzuführen, keinen Widerstand entgegen gesetzt.

Ich habe gesagt, ich hoffe, daß diese vorliegende Gesetzesnovellierung ihrer Aufgabe gerecht wird. Sie erfüllt aber auch alle irgendwie vertretbaren Wünsche, die von verschiedenen Seiten herangetragen wurden. Soweit sie die Wünsche der Land- und Forstwirtschaft sind, hat mein Vorredner, Herr Präsident Wallner, diese ohnedies erläutert. Er hat hiebei auch den Minderheitsantrag erwähnt, der Ihnen heute vorliegt.

Gegenüber den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Hueber sei vor allem folgendes gesagt: Mit dem System des Steiermärkischen Jagdgesetzes hat die Form der Vergebung der Gemeindejagden bei freihändiger Vergebung sehr wenig zu tun, denn das System des Steiermärkischen Jagdgesetzes ruht auf anderen Grundlagen und eine freihändige Vergebung einer Gemeindejagd ist der Ausnahmefall.

Das Gesetz sieht vielmehr vor — und auch die Handhabung ist so — daß die Vergebung der Gemeindejagden im Versteigerungswege erfolgt. Nur dort, wo es aus bestimmten Gründen im Interesse der Gemeinde liegt, nicht diese Bestimmung Platz greifen zu lassen, greift die freihändige Vergebung Platz. Aber auch das vorliegende Steiermärkische Jagdgesetz legt es in die Hand der Grundbesitzer, von dem Gedanken ausgehend, daß das Jagdrecht und selbstverständlich auch das Jagdausübungsrecht von Grund und Boden ausgeht, durch einen Einspruch zu verhindern, daß die Vergebung so erfolgt, wie es der Gemeinderat mit zwei Drittel Mehrheit beschlossen hat. Und unser Antrag zielt nun auf einen einfacheren Weg insofern hin, daß in einer Urabstimmung die kammerzugehörigen Grundbesitzer, welche also auch nach Auffassung des VdU die Gemeinschaft innerhalb der Genossenschaft darstellen, erklären können, ob diese oder jene Körperschaft in den Ausnahmefällen die freihändige Vergebung handhaben soll.

Es hat der Herr Abg. Dr. Hueber auch Anstand daran genommen, daß nicht schon in der Regierungsvorlage dieser Gedanke zum Ausdruck gekommen ist und daß ein Zusatzantrag unserer Fraktion dies erst bewirkt hat. Wenn mich mein Gedächtnis nicht ganz täuscht, haben wir vor einer Stunde denselben Vorfall im Referat des VdU gesehen, also ist es vielleicht nicht richtig, daran Anstand zu nehmen.

Wenn wir von den Wünschen der Jäger sprechen, so sei vor allem die diesmal wohl fundierte Verankerung der Satzungen der Jägerschaft und somit des Bestandes der Jägerschaft lobend und mit Befriedigung hervorgehoben, weiters — was ich schon erörtert habe — die Einführung des Wildabschußpflichtplanes und jener Einrichtungen, die eine gewisse Kontrolle ermöglichen. Die Autonomie der Jägerschaft auf demokratischer Grundlage kann auch nur dann wirksam wer-

den — wie bei jeder Körperschaft — wenn diese durch ein Disziplinarstatut in die Lage versetzt wird, eine Selbstreinigung durchzuführen. In der Novelle ist der Disziplinarrat ausdrücklich mit gewissen Machtbefugnissen ausgestattet und unterliegt in der Ausübung dieser Judikatur einem Berufungsrecht an die Landesregierung.

Als weitere Wünsche, die nicht unerheblich sind, und die hier erfüllt erscheinen, kann erwähnt werden, daß die Pachtung von Gemeindejagden fernerhin nur derjenige bekommt, der mindestens auf dreijährigen Besitz eines Jahresjagdscheines hinweisen kann. Schließlich ist die Gemeindejagd ein Gemeindegut und oft ein Gemeindevermögen von sehr beträchtlichem Wert. Und wie bei jeder anderen Pachtung der Pächter nach seinen Qualitäten ausgesucht werden soll, so scheint es uns ein Mindestfordernis, daß der Pächter einer Gemeindejagd wenigstens drei Jahre praktische Erfahrung nachweisen soll.

Schließlich ist es ein Wunsch der Jäger und der Forstwirte gewesen, die Frage der Vergütung von Forstschäden endlich einmal fachkundig zu regeln. In dieser Hinsicht beschreitet diese Novelle vollkommen neue Wege; sie setzt aber allerdings fest, daß nach forsttechnischen Grundsätzen der Schaden festgestellt wird und unterscheidet drei Schadensarten: Den Schaden einzelner Stämme, Bestandsschädigungen und betriebswirtschaftliche Schädigung. Damit ist ein gewisser gradueller Unterschied dargestellt und schon bei einer Schädigung des zweiten Grades schreibt das Gesetz als Mußbestimmung eine Erweiterung des Abschusses vor. Es ist ferner so geregelt, daß der Pächter eines Gemeindereviere, in welchem große Schäden vorkommen, damit rechnen muß, daß er selbst gepackt wird, bevor seine Kautionsfreigegeben wird. Das wird dazu führen, daß er selbst für einen entsprechenden Abschluß vorsorgt. Schließlich sind einige Wünsche der Jägerschaft nicht erfüllt worden, jedoch wir sehen darin nur Schönheitsfehler. Wir haben den Blick für das große Ganze nicht verloren. Wenn jetzt im Jagdgesetz der Abschluß für den Rehbock schon auf den 1. Mai vorverlegt wird, so wissen Sie, daß damit nur der Abschluß der schwachen Stücke gemeint ist und daß eine bezirksweise Einschränkung insbesondere im Oberland, wo der Bock zu dieser Zeit noch lange nicht verfärbt hat und noch nicht schußbar ist, nach wie vor im Rahmen des Gesetzes möglich ist.

Wir haben auch einen Pflichtbezug der Zeitschrift der Jägerschaft gewünscht für jene, die eben öffentliches Gut anvertraut bekommen, also für die Pächter und Revierinhaber. Wir haben uns aber davon überzeugen lassen, daß verfassungsrechtliche Bedenken dadurch ausgelöst werden könnten und wir wollen unter gar keinen Umständen einer Verzögerung der Gesetzgebung dieser Novelle irgendwie Vor-schub leisten.

Nicht erfüllt und gottlob abgewehrt wurden alle Wünsche der Unzuständigen und der Jagdfeinde. Es gibt auch solche, und wir begreifen das. Die Jäger sind eine eigene Gilde, sie haben

ihre eigene Sprache (LR. Maria Matzner: „Das Jägerlatein!“) (Allgemein Heiterkeit) und gebärden sich oft recht hitzig und mit Leidenschaft. Wir Jäger lehnen es auch ab mit dem Begriff des Sportes in Verbindung gebracht zu werden. Wir sehen in unserer Tätigkeit eine höhere Aufgabe. Wir wollen vor allem in Stille und Ruhe unsere Jagd ausüben und wir bleiben in diesem Sinne in uns geschlossen, ohne daß wir jedoch nicht jeden, der gleichen Willens und gleichen Sinnes ist, mit offenen Armen empfangen und den Zutritt zu uns offen lassen. Aber wir können uns nicht mit so jagdfeindlichen Verlangen, wie z. B. der Freigabe des Schrotschusses auf jedes Schalenwild, oder mit der Abschaffung des Abschußplanes als widersinnig oder mit der Beseitigung der Pflichtorganisation einverstanden erklären. (Abg. Dr. Hueber: „Wer hat denn das verlangt?“) Wollen Sie Namen haben, so können Sie diese haben, aber ich werde das nicht im offenen Hause tun. Aber weil Sie mich schon darauf hinlenken, muß ich mit aller Deutlichkeit sagen, daß ich es nicht für richtig finde, daß dieses an sich heikle Thema, das mit viel Ernst und Verantwortungsfreudigkeit beraten wird, dadurch gestört wird, daß immer wieder mit Propaganda, die geradezu an Goebbels-Methoden erinnert, gearbeitet wird. (Abg. Dr. Hueber: „Ihre Reden sehen schon bald denen des Abg. Pölzl ähnlich!“) Können Sie diesen Zwischenruf aufrechterhalten? Sie schweigen also dazu. (LR. Prirsch: „Schuldbewußt!“) Wenn ich diesen scharfen Ausdruck gebraucht habe, so richtet er sich gegen jüngste Zeitungsnachrichten, an denen gewiß nicht die Zeitungen schuld sind, sondern eine Art der Information, die in diesem Falle nicht zu billigen ist.

Es ist sich die Jägerschaft vollkommen bewußt, daß die Schäden in den Forsten ein Ausmaß erreicht haben, das als untragbar bezeichnet werden muß. Sie hat sich deshalb mit viel Aufwand an Fleiß bemüht, zu erforschen, auf welche Ursache das zurückzuführen ist, welche Abhilfemaßnahmen hier die geeignetsten sind, um die Öffentlichkeit zu beruhigen. Denn diese hat den Eindruck gewonnen, daß jedes Jahr ein Zehntel des steirischen Waldes von den Hirschen vernichtet wird. Es wurden Bilder gezeigt, wo man der Annahme sein konnte, Giraffen müßten diese Bäume geschält haben. Das sind alte Schäden, alte Bäume, bei denen diese Schäden nicht in einem Jahr sondern im Laufe vieler Jahrzehnte eingetreten sind. Diese unrichtigen Informationen der Öffentlichkeit müssen zurückgewiesen werden, weil sie nur Unruhe schaffen und sachlich nichts vorwärts bringen. Wir haben zu dieser Art der Information der Presse geflissentlich geschwiegen, weil wir uns bewußt waren, daß das Thema Jagd ohnehin ein heißes Eisen ist. Wir werden aber künftighin nicht schweigen. Wir haben auch dazu geschwiegen, als durch eine solche Information öffentliche Beamte der Bestechlichkeit geziehen wurden und der Initiator dieser Information gesagt hat, er sei falsch verstanden worden. Künftighin

werden wir dafür sorgen, daß das richtig verstanden wird. Die Jägerschaft ist sich ihrer Verantwortung der Wirtschaft gegenüber voll bewußt. Was für die Bauern im Gesetz als Schutz vorgesehen ist, muß auch für die Forstwirte gelten: Wir haben uns bemüht und werden uns weiter bemühen, diese Schäden zu verhindern oder sie auf ein tragbares Maß herabzusetzen.

Hier kann ein sachlicher Einwand nicht verschwiegen werden: Wenn gesagt wird, der Wildstand war früher so, daß er ertragbar war, so muß ich sagen, der Wald war früher für das Wild erträglich. Die Fichten-Monokulturen, die die Forstwirte in den vergangenen Jahrzehnten geschaffen haben, haben gänzlich andere Lebensverhältnisse für das Wild geschaffen und dieses reagiert eben so, wie jeder Angriff gegen die Natur seine Kehrseite zeigt. Ich bin überzeugt, daß es steirische Forstwirte mit alter Erfahrung gibt, die die Anwürfe, die in der Öffentlichkeit gegen die Jäger und einzelne Jäger erhoben wurden, widerlegen können. Die steirische Jägerschaft ist sich ihrer Verantwortung gegenüber den ideellen Werten vollkommen bewußt. Das Wesen des Waldes ist nicht die Holzkubatur und sind nicht die Tonnen Papier, die daraus erzeugt werden. Das Wesen des Waldes ist mehr. Das Herz der Jagd ist nicht der Fleischfang, das Wildbret, sondern die Jagd liegt im Herzen der Jäger. Was das Leben lebenswert macht, sind immer nur die ideellen Güter und diese zu bewahren sehen wir als eine unserer vornehmsten Aufgaben an. In der Auseinandersetzung mit der Technik haben Kultur, Kunst und Natur fast immer die Hinterhand. Die Krise der Kultur hat ihr Gegenspiel auch in der Krise der Jagd und wir sehen uns hier in der vordersten Front und in diesem Sinne haben wir den Kampf um das Jagdgesetz aufgefaßt.

Ich fühle mich verpflichtet, die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses so sehr in Anspruch zu nehmen, weil ich wiederholt Anwürfe gehört habe, daß unsere Partei es gewesen sei, die Sie unter Zeitdruck gesetzt habe, um noch in der Frühjahrssession das Jagdgesetz Wirksamkeit werden zu lassen. Ich bin bewegt, wenn ich darüber spreche, weil ich Jäger bin und mich daher der Leidenschaft nicht ganz enthalten kann. Ich darf mit Dankbarkeit bestätigen, daß jene Abgeordneten im Landeskulturausschuß, die nicht Jäger sind, denen also dieses Gebiet fremd ist, sich bemüht haben, mit Ernst und Verständnis für die Bedeutung der Entscheidungen sich in die Materie einzuarbeiten. Ich sage, die Bedeutung der Materie liegt nicht darin, daß es 14.000 steirische Jäger gibt, also 14.000 Wähler samt Anhang, es ist auch nicht von Bedeutung, daß es bei der Jagd um viel Holz und um Geld bei der Jagdverpachtung geht. Ich sehe die Bedeutung der Novellierung auch nicht darin, daß der Verfassungsgerichtshof uns gezwungen hat, bis zu einem bestimmten Termin schlüssig zu werden. Ich sehe vielmehr die Bedeutung darin, daß es mit dieser Novellierung gelungen ist, den materiellen Interessen gerecht zu werden, aber

trotzdem in diesem Land Steiermark, in dessen Landstube der bedeutendste Jäger seiner Zeit ein Bild erhalten hat, das an der Stirnwand hängt, in diesem Land Steiermark, dessen Bevölkerung tiefer mit der Jagd verbunden ist als irgendein anderes Land, in diesem Land, das sich Jagdland nennt, die Jagd auch wirklich im bisherigen Ausmaß erhalten wird.

Es wird immer Lästler und Nörgler geben. Die Jäger werden sagen, unsere Wünsche sind nicht alle erfüllt und auch die Landwirte sind der gleichen Meinung. Wir sind der Meinung, mit dieser Novellierung das Bestmögliche erreicht zu haben und es wird auf Jahre hinaus auf dem Gebiete der Jagd Ruhe eintreten. (Rufe: „Sehr richtig!“) Jedes Gesetz ist menschlich und daher unzulänglich, versucht nur, im Spiel aller Kräfte dem ewigen Wechsel der Erscheinungen gerecht zu werden. Dort, wo menschliche Leidenschaften arbeiten, ist es immer schwer und insbesondere dort, wo der Wechselkampf sich zwischen Technik und Natur abspielt. Beides trifft für die Jagd zu. Umso dankbarer muß ich anerkennen, daß dann, wenn der Steiermärkische Landtag die vorliegende Novellierung beschließt, er tatsächlich die beste Regelung, die zu finden ist, gefunden hat. Unsere Fraktion wird daher für diesen Novellierungsantrag stimmen. (Lebhafter Beifall bei ÖVP.)

Abg. **Pözl**: Hoher Landtag! Die vorliegende Novellierung des Jagdgesetzes hat eine große volkswirtschaftliche Bedeutung. Das steirische Jagdgesetz wurde erst 1950 erlassen und es muß für jeden Abgeordneten dieses Hohen Hauses irgendwie beunruhigend sein, daß es schon nach 4 Jahren des Bestehens dieses Gesetzes notwendig ist, eine Novellierung zu beschließen, die praktisch eine grundsätzliche Änderung und Erweiterung des ursprünglichen Gesetzes darstellt. Wenn Herr Dr. Kaan sagt, die Technik stehe in immer größerem Widerspruch zur Natur und die Auswirkungen der Technik seien es, die uns dazu zwingen, in verhältnismäßig kurzen Abständen eine so wichtige Materie, wie es das Jagdgesetz ist, zu novellieren, so möchte ich dem widersprechen. Es ist richtig, die Novellierung des Jagdgesetzes ist eine unbedingte Notwendigkeit und es ist bedauerlich, daß gerade von Seiten der Jägerschaft — und im Landtag sitzen ja der Obmann und der Präsident der Jägerschaft — nicht schon früher Anlaß genommen wurde, um eine solche Novellierung anzuregen.

Es muß auf jeden Abgeordneten, auch wenn er nicht Jäger, nicht Landwirt und nicht Forstwirtschaftler ist, außerordentlich beunruhigend wirken, zu hören, daß 5 Prozent oder vielleicht sogar 10 Prozent des steirischen Waldbestandes durch Wildschaden außerordentlich hart getroffen worden ist. Ich bin kein Fachmann, aber auf dem Gebiet haben sich Forstfachleute offen geäußert, ihre Äußerungen belegt und als Abgeordneter des Steiermärkischen Landtages muß ich sagen, diese Äußerungen müssen für jeden Abgeordneten dieses Hauses, ja weit darüber hinaus für jeden Bürger unseres Landes eine

außerordentliche Beunruhigung darstellen. Der Waldreichtum eines Landes stellt ein außerordentlich wichtiges Volksvermögen dar. Ich betone ausdrücklich „Volksvermögen“. Wir wissen, was es bedeutet hat in der Vergangenheit und was es heute bedeutet, wenn der Waldbestand eines Landes durch irgendwelche falsche Nutzung des Waldes in Frage gestellt wird. Wir kennen ja die Karstgebiete in Dalmatien, wir kennen die Verkarstung in Italien, wir kennen die ungeheuren Schäden, die am Waldbestand in den Vereinigten Staaten von Amerika durch falsche Bodennutzung entstanden sind (Abg. Dr. Kaan: „Aber nicht durch den Hirsch!“) und es ist ganz klar, daß wir in Österreich alles daran setzen müssen, um unsere Wälder zu erhalten. Aber wenn Herr Dr. Kaan sagt, die moderne Technik sei es, die den Wald gefährdet, so kann ich ihm da nicht folgen. Es ist nicht die Technik, die den Wald gefährdet, ja es wäre sogar heute möglich, mit Hilfe der Technik und mit Hilfe der neu geschöpften Erkenntnisse, aus der Monokultur, die auch im Wald eingerissen ist, wieder einen gesunden Mischwald hervorzu bringen. Aber was dem Wald ungeheuren Schaden zufügt, ist hier ohne Zweifel das Profitinteresse, das Profitstreben der entsprechenden Waldbesitzer und in diesem Falle handelt es sich im wesentlichen um Großgrundbesitzer (Zwischenruf: „Na also, jetzt sind wir dort!“) und handelt es sich im wesentlichen um eine Waldnutzung, wie sie in schärfstem Widerspruch zu den gesamten volkswirtschaftlichen Interessen steht. Ob es sich darum handelt, daß durch Kahlschlägerungen weite Flächen unseres Waldbestandes einfach abgeholzt werden, ob es sich darum handelt, daß abgeholzter Wald nicht wieder aufgeforstet wird, ob es sich darum handelt, daß durch Überhegung des Wildes bedeutender Schaden angerichtet wird, die Quelle, die Ursache all dieser Erscheinungen liegt natürlich in einem Profitstreben der entsprechenden Besitzer oder auf der anderen Seite, soweit es die Überhegung des Wildes betrifft, in altfeudalen Vorstellungen der Großgrundbesitzer, die der Meinung sind, sie können mit dem Wild und dem Wald, der ihnen gehört, machen, was sie wollen. (Abg. Dr. Kaan: „Wissen Sie etwas von Forstgesetzen?“) Das sind die Tatsachen, wie wir sie sehen und wie wir sie sehen müssen, daß hier ein wichtiger, ein entscheidender und auch für die kommende Generation entscheidender Teil des Volksvermögens nicht entsprechend verwaltet wird in den Händen derer, die darüber verfügen.

Wenn Sie sagen, Herr Dr. Kaan, die ideellen Güter geraten in Widerspruch zur Technik, so möchte ich sagen, die Technik kann nichts dafür, wenn aus dem Wald mehr Holz herausgeholt wird als gut ist und die Technik kann auch nichts dafür, wenn das Wild überhegt wird und Schaden dem Wald zugefügt wird. Es steht durchaus in menschlichem Ermessen, unsere Wälder so zu bewirtschaften, daß den allgemeinen volkswirtschaftlichen Interessen Rechnung getragen wird. Und soweit durch die

vorliegende Novellierung des Jagdgesetzes diesen Bedürfnissen der Volkswirtschaft Rechnung getragen wird, ist dies nur zu begrüßen. Ich fürchte nur, es wird leider nicht dazu ausreichen.

Abg. Rösch: Hoher Landtag! Wenn auch, wie der Herr Abg. Dr. Kaan erklärt hat, das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes nicht von ausschlaggebender Bedeutung war für das steirische Jagdgesetz, so war es doch immerhin der unmittelbare Anlaß dazu, daß sich das Hohe Haus heute mit der Novellierung des Jagdgesetzes zu beschäftigen hat. Es ging bei der Frage der Novellierung und bei dem Antrag, den die Abteilung vorgelegt hat, im wesentlichen um zwei große Probleme. Die eine Frage behandelt direkt die Jagd als solche, nämlich die qualitative Erhöhung des Wildstandes und Herabdrückung der Wildschäden auf ein mögliches Maß und auf der anderen Seite die berechtigten Forderungen der Landwirtschaft, diesen Schäden gegenüber in irgend einer Form einen Ausgleich zu finden. Es wurde während der Ausschußberatungen und auch heute hier im Hohen Haus darauf hingewiesen, daß die Jagd eine große volkswirtschaftliche Bedeutung hat, genau so, wie die Forst- und die Landwirtschaft ihre volkswirtschaftliche Bedeutung besitzt. Es war also notwendig, zu versuchen, einen gerechten Ausgleich zwischen den einzelnen Interessen zu finden. Die zweite große Frage war, eine Form der Organisation der Jägerschaft zu finden, also innerhalb der Jägerschaft durch eine Novellierung des Jagdgesetzes die Wege zu gehen, die in unserem übrigen öffentlichen Leben sonst üblich sind.

Ich kann mir erlauben, auf die einzelnen Bestimmungen in jagdlicher Hinsicht nicht einzugehen. Sie wurden sowohl von Präsident Wallner als auch von Dr. Kaan im einzelnen bereits bekanntgegeben. Wir von der Sozialistischen Fraktion legen aber Wert darauf, darauf hinzuweisen, daß wir in den Änderungen der Organisation der Jägerschaft einen wirklich wichtigen Schritt in der Novellierung des Jagdgesetzes sehen, und zwar hauptsächlich deswegen, weil es unserer Meinung nach unmöglich war nach dem schon im Jahr 1949 beschlossenen Jagdgesetz, daß eine öffentlich-rechtliche Körperschaft genau so zusammengesetzt ist und genau so arbeitet wie jeder andere der vielen tausenden verschiedenen Vereine. Wenn man der steirischen Jägerschaft ein Aufgabengebiet ähnlich dem der Kammern zubilligen will, wenn man den Jägern selbst sagt, sie sollen sich alles das, was das Jagdwesen betrifft, nach eigenem Ermessen — weil sie vielleicht doch am meisten davon verstehen — einrichten, dann muß man auch die Forderung aufstellen, daß diese Kammer — wenn ich sie so bezeichnen darf — also daß diese öffentlich-rechtliche Körperschaft nach denselben Prinzipien zusammengesetzt ist, wie es alle übrigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften in unserem Staate sind. Mit dem eingeführten Verhältniswahlrecht in der steirischen Jägerschaft glaube ich, daß allen Bedenken in

dieser Richtung Rechnung getragen wurde und daß damit auch die Arbeit in der steirischen Jägerschaft auf eine weitaus breitere Basis gestellt wurde, als dies bisher der Fall war.

Die zweite für uns nicht unbedeutende Frage hat auch Herr Abg. Dr. Kaan schon kurz gestreift. Es ist dies die Einführung des Disziplinarrates. Es ist sicherlich etwas bedenklich, wenn man eine private Gerichtsbarkeit neu errichtet für eine Gemeinschaft, die sowieso schon der allgemeinen öffentlichen Gerichtsbarkeit untersteht. Dasselbe gilt für ihre Mitglieder. Es ist aber bereits heute aus einigen Äußerungen, besonders aus den Worten des Abg. Dr. Kaan hervorgegangen — und es ist dies auch die Überzeugung der Sozialistischen Fraktion —, daß es sich bei den Jägern um eine eigene Gilde, um ein eigenes Völkchen handelt, und daher glaube ich, daß es zweckmäßig ist, wenn diese eigene Gilde über die Gebräuche und Sitten in ihren eigenen Reihen in eigener Gerichtsbarkeit entscheidet. Um was es uns dabei gegangen ist, war lediglich, soviel Sicherungen einzubauen, daß mit der Einführung dieser privaten Gerichtsbarkeit — ich möchte von einer Böswilligkeit absehen, sondern eben dadurch, daß es sich um eine eigene Gilde handelt, deren Mitglieder auch von Leidenschaften bewegt sind — ein Mißbrauch nicht getrieben werden könnte. Das waren unsere Forderungen. Diese Forderungen sind im Rahmen der Ausschußberatungen einmütig von allen Parteien anerkannt und akzeptiert worden.

Wenn ich zum Schlusse noch erwähnen darf, daß mit dieser neuen Organisationsform die steirische Jägerschaft auch einige neue Aufgaben bekommen hat, so wäre insbesondere hinzuweisen auf eine Erweiterung ihres Aufgabengebietes im Hinblick auf die Schadensvergütung, wonach nun im Gesetz festgelegt ist, daß die steirische Jägerschaft eigene Einrichtungen schaffen kann, um zu einem Schadensausgleich bei Wildschäden zu kommen. Ich glaube, daß auf diesem Wege, an Stelle einer verhältnismäßig komplizierten Wildschadensausgleichskasse, die Jägerschaft aus sich selbst heraus den richtigen Weg beschreiten wird, um, wie Abg. Dr. Kaan erwähnt hat, den richtigen Ausgleich zwischen den beiden notwendigen Forderungen, die Jagdrecht und die Forst- und Landwirtschaft, zu finden.

Das ganze Bild der Einmütigkeit und der sehr eingehenden und ich glaube, sagen zu dürfen, der sehr sachlichen Beratungen im Rahmen des Landeskulturausschusses war dadurch getrübt, daß die ÖVP es für notwendig erachtet hat, einen Minderheitsantrag wegen Vergebung der Jagdpacht, ich möchte das hervorheben, sozusagen in letzter Minute einzubringen. Die erste Erklärung im Landeskulturausschuß von Seiten des Herrn Präsidenten des Landtages war klar und deutlich für alle Mitglieder, daß die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft noch ergänzende weitere Forderungen gehabt hätte, aber sie im Interesse der gesamten Sache zurückgestellt hat. Es wurde von der Vergebung

der Jagd zuerst überhaupt nichts gesprochen, erst zum Schluß wurde dies durch eine Replik des Herrn Präsidenten um die mitternächtliche Stunde am Dienstag in die Debatte geworfen. Der Vertreter des Verbandes der Unabhängigen, Abg. Dr. Hueber, hat namens seiner Fraktion begründet, warum diese gegen den Minderheitsantrag stimmen wird. Gestatten Sie, daß ich Ihnen namens der Sozialistischen Fraktion ebenfalls die Beweggründe sage, die uns dazu führen, nicht für den Minderheitsantrag unsere Stimme abzugeben. Im steirischen Jagdgesetz ist festgelegt, daß die Jagd von Grund und Boden ausgeht. Wir sind der Auffassung, daß aus der historischen Entwicklung heraus die Jagd seit dem 16. Jahrhundert Ausfluß eines Hoheitsrechtes gewesen ist. Es wurde im Landeskulturausschuß eingewendet, daß mit der Einführung des römischen Rechtes sich die Situation geändert hat. Ich kann mich dieser Meinung nicht anschließen. Mit der Einführung des römischen Rechtes wurde die Jagd so behandelt wie eine herrenlose Sache und ist in Form der Jagdregaleinführung zum Ausfluß des Hoheitsrechtes der Landesherrn oder des Landesfürsten geworden. Die beste Ausnützung des Hoheitsrechtes in der Gegenwart erfolgt durch die demokratisch gewählte Gemeindevertretung.

Der Antrag der ÖVP will, daß der Ortsbauernausschuß nach einer Urabstimmung unter den Grundbesitzern die Vergebung der Jagd durchführt. Ich kann es mir ersparen, auf die Einzelheiten des Bauernkammergesetzes einzugehen wie Abg. Dr. Hueber. Der Ortsbauernausschuß ist ein von der Bezirkskammer für die Land- und Forstwirtschaft eingesetzter Ausschuß (Landeshauptmann Krainer: „Auf Grund von Parteivorschlägen!“), der er allein verantwortlich und weisungsgebunden ist. Man kann bei einem Organ, das weisungsgebunden ist an eine Kammer, nicht von einer Vertretung der Gemeindeglieder sprechen. Wir lehnen aus diesen Gründen die Ortsbauernausschüsse ab, und zwar mit Rücksicht auf die historische Entwicklung, die ebenfalls auf die Gemeindevertretungen hinzielt.

Wir sind jedoch weiter der Auffassung, wenn man immer wieder sowohl von der Land- und Forstwirtschaft als auch von Herrn Präsidenten und Abg. Dr. Kaan hört, daß gerade die Jagd eine Sache sei, die immer große Leidenschaften auslöst, daß es sinnwidrig sei, nur einer der beiden Parteien in diesem leidenschaftlichen Streite das Recht der Vergebung zu übertragen. Dann würden erst recht der Streit und die Leidenschaften entflammt. Wir glauben, daß das frei gewählte Organ des Gemeinderates wirklich die objektive Stelle darstellt, die leidenschaftslos darüber entscheiden kann und nicht zuletzt, meine Herren, kann man nicht auf der einen Seite die Jagd als volkswirtschaftliche Frage betrachten und auf der anderen Seite sie als Interessentenangelegenheit ansehen. Wenn es sich um die volkswirtschaftliche Frage handelt, so bekennen wir uns dazu, daß es Aufgabe der gesamten Bevölkerung ist, also der gewählten Ver-

treter, in dieser volkswirtschaftlichen Frage eine Entscheidung zu treffen und nicht die Aufgabe einer einzelnen Gruppe oder einzelner Interessenten innerhalb der Gemeinde. Aus diesen Gründen, Hohes Haus, können wir dem Minderheitsantrag der ÖVP nicht unsere Zustimmung geben. Wir werden jedoch für den Antrag so wie ihn der Landeskulturausschuß verabschiedet und ihn heute dem Hohen Hause vorgelegt hat, stimmen. (Beifall bei SPÖ.)

Abg. Scheer: Hoher Landtag! Die Ausführungen des Herrn Abg. Kaan veranlassen mich, dagegen schärfstens, wenn ich so sagen darf, Stellung zu nehmen. Abg. Dr. Kaan hat — und das hat auch unseren Abg. Dr. Hueber nach dessen Ausführungen veranlaßt, dem Herrn Abg. Kaan zu sagen, daß er in die Art des Abg. Pölzl verfällt — (Zwischenruf) gesagt, daß wir Goebbels-Propagandamethoden verwenden. Selbstverständlich hat sich Abg. Dr. Hueber dagegen verwahrt und dann gesagt, daß Sie so reden wie der Herr Abg. Pölzl, der zu jeder Zeit und auch zu jedem Gegenstand passender, meist aber unpassender Weise eingreift. (Abg. Pölzl: „Nun muß ich mich noch einmal zum Worte melden!“) (Heiterkeit.) Gerade Herr Landeshauptmann Krainer hat in einer beachtlichen Weise sich dagegen verwahrt, daß solche Dinge immer wieder vor das Hohe Haus gebracht werden.

Ich komme noch auf etwas anderes im Laufe dieses Gesetzes, das sind die Worte, die der Herr Landeshauptmann erst kürzlich gebraucht hat: Zur Gesetzgebung einer Vorlage ist eine reifliche Überlegung notwendig und daß man, um etwas zum Gesetz zu machen, möglichst viele Stellen befragen sollte, möglichst viele Menschen, auch aus dem Volke, hören muß, um die Meinungen derer kennen zu lernen, die wir als Abgeordnete aller Parteien hier vertreten sollen. Es ist selbstverständlich in so kurzer Zeit nicht möglich, daß man eine derartig einschneidende Abänderung, wie es der Minderheitsantrag der ÖVP darstellt, mit reiflicher Überlegung und gewissenhaft behandelt und noch weniger einem solchen Minderheitsantrag infolge Zeitnot die Zustimmung geben könnte.

Daß muß sich schon die ÖVP mit ihrem Minderheitsantrag sagen lassen, daß sie versucht hat, einen Überrumpelungsantrag im Ausschuß einzubringen und vielleicht geglaubt hat, im Ausschuß auf der anderen Seite Leute zu finden, die sich auch überrumpeln lassen. Die Äußerung betreffs der Goebbels'schen Propagandamethoden, die von einer Seite gemacht worden ist, weise ich auf das schärfste zurück. (Abg. Doktor Kaan: „Damit war ja nicht Ihre Fraktion gemeint!“) Dies nehme ich zur Kenntnis. Unsere Fraktion hat nicht irgendwelche propagandistische Tendenzen verfolgt, sondern im Gegenteil, in sachlicher Weise ihren Standpunkt dargelegt. Ich glaube vielmehr, daß Ihre Ausführungen zum Fenster hinaus bzw. zur Galerie gesprochen worden sind. Ich weiß zwar nicht, ob die hier versammelten Bezirksjägermeister, die hier Ihre Rede gehört haben, ausschließlich das

Volk darstellen. (Gelächter.) Wir stehen jederzeit zu unserer Meinung und sprechen sie auch offen aus und brauchen sie nicht durch irgendwelche Winkelzüge zu verdecken. (Landesrat Prirsch: „Man soll über seine Fehler nicht allzulange reden!“). Wir haben einmal diese Meinung und bleiben dabei, weil wir sie für richtig erachten und bekennen uns jederzeit dazu. In diesem Sinne möchte ich die Ausführungen des Herrn Dr. Kaan erwidert haben. (Beifall bei der VdU.)

Landesrat Prirsch: Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Wie zu erwarten, ist der Herr Abg. Pölzl über einen etwas langen Waldsteig doch zur wesentlichen Frage gekommen, die ihn im Hinblick auf das Jagdgesetz interessiert und das ist die Großgrundbesitzerfrage. Ich muß dem Herrn Abg. Pölzl sagen, daß es uns beim besten Willen nicht möglich war, hier in das Jagdgesetz einen Enteignungsparagraphen einzubauen (Heiterkeit), so daß also auch der zuständigen Abteilung kein Vorwurf gemacht werden kann von Ihrer Seite.

Wenn der Herr Abg. Dr. Hueber mit einem gewissen Stolz gesagt hat, daß der VdU hier sozusagen das Zünglein an der Wage gespielt habe, so glaube ich, ist darin doch eine gewisse Überheblichkeit gelegen. Es ist richtig und wenn sich die Herren des Ausschusses noch erinnern, war es so, daß bei der Beratung über die Jagdvergebung Herr Dr. Hueber auf meine Frage erklärt hat, daß er der Meinung sei — und ich glaube damit auch der VdU —, daß man die Rechte der Gemeinden nicht schmälern soll. Wenn man nun diesen Standpunkt heute nicht mehr vertreten will oder kann, dann würde es doch besser sein, das ganz offen zuzugeben und nicht so begründen wie es schließlich und endlich auch die Sozialisten machen, daß sie sich auf Bedenken gegen den Gemeindebauernauschuß ausreden. Ich und wir alle wissen, daß die Sozialisten aus grundsätzlichen Erwägungen heraus die Jagdvergebung als ein Recht der Gemeinde erhalten wollen. Das ist ein Grundsatz, zu dem man sich bekennen kann. Außerdem hat der Herr Abg. Rösch versucht, das mit historischen Erwägungen zu begründen. Ich wundere mich nur, daß Sie plötzlich so traditionsgebunden sind (Heiterkeit), aber es ist immerhin auch ein Fortschritt. Man hätte über diese Frage trotz der Zeitnot, die angeführt wird, auch noch ernstlich diskutieren können, wenn nicht diese Gegenmeinung sowohl beim VdU als auch bei den Sozialisten vorhanden gewesen wäre. Wenn der Herr Abg. Rösch es als einen besonderen Fortschritt in dieser Novelle anführt, daß das Verhältniswahlrecht bei der Jägerschaft eingeführt wurde, so wird dies auch von uns begrüßt. Ich glaube aber der Hoffnung Ausdruck geben zu dürfen, daß diese Regelung nicht zur Verpolisierung weder der Jägerschaft noch der Jagd führen soll und darf.

Ich darf abschließend sagen, ich freue mich und bin den Mitgliedern des Ausschusses dankbar, daß sie die Regierungsvorlage bearbeitet

haben und ich darf feststellen, gute, sachgemäße Abänderungen getroffen haben. Ich bin froh, daß diese heikle Frage, wie ich hoffe, so gelöst wurde, daß wir auf Jahre hinaus Frieden haben im Lande, Frieden zwischen Jäger und Bauer und Landwirtschaft, Frieden zwischen Bauer und Jäger und Forstmann. Das möchte ich bei dieser Gelegenheit herzlich wünschen. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. Pölzl: Nachdem sich der Referent der Landesregierung in so grundsätzlichen Erwägungen ergangen ist, möchte ich auch dazu etwas sagen. Er sagt, mir fehle in der Novellierung des Jagdgesetzes ein Enteignungsparagraph. Diese Novellierung des Jagdgesetzes, Herr Landesrat, wird ja deshalb notwendig, weil der Privatbesitz am Wald, und vor allem handelt es sich hier um den Großbesitz, wie Sie mir bestätigen müssen, zur Enteignung des Volkes führt, zur Enteignung von einem wichtigen, volkswirtschaftlichen Gut, das der Wald darstellt. Also Sie verkehren die Sache. Wir müssen ja deswegen das Gesetz novellieren, weil der Wald sich in Händen von Menschen befindet, deren Interessen in schärfstem Widerspruch stehen zu den Interessen des gesamten Volkes und der gesamten Volkswirtschaft. Und wenn Sie hier davon sprechen, daß es sich um eine heikle Frage handelt, die hier zur Diskussion steht, so muß ich dazu sagen, „ja, es handelt sich hier um eine heikle Frage für das gesamte Volk“. Aber ich kann Ihnen nicht zustimmen, wenn Sie die Sache so darstellen, daß Sie sagen, es handle sich deshalb hier um eine heikle Frage, weil hier ein Gegensatz besteht zwischen Waldbesitzern, zwischen ackerbautreibenden Bauern und der Jägerschaft. Ich glaube solcher Gegensatz kann naturnotwendig gar nicht bestehen. Der Jäger wie der Forstwirt, ja wie der Städter, wie wir alle, müssen ein Interesse haben, den Wald zu erhalten für unser Volk und da der Wald doch die Wohnung des Wildes ist, also auch unseren Wildbestand zu erhalten in einem Ausmaß, das es den Wald nicht schädigt. Denn schlägt der Wildbestand den Wald, dann wird schließlich und endlich auch einmal dadurch das Wild geschädigt werden. Es kann in diesen großen Fragen in Wirklichkeit gar keine Gegensätze geben, außer jenen des Privateigentums an diesem wichtigen Volksvermögen. Es handelt sich hier um ein volkswirtschaftliches Interesse, das nicht nur für heute sondern auch für kommende Zeiten eine große Bedeutung hat.

Präsident: Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Ertl: Hoher Landtag! Aus den Darlegungen der einzelnen Redner ergab sich das erfreuliche Bild, daß die Parteien des Hohen Hauses wirklich der steirischen Bevölkerung, sei es den Land- und Forstwirten, sei es der steirischen Jägerschaft oder den vielen Menschen, die in der Natur Erholung suchen, durch diese Gesetzesvorlage im wesentlichen ihre Wünsche erfüllt haben. Ich darf wohl auch den

Anlaß benützen, um den Beamten dieser Abteilung, die in vorbildlicher Weise weit über ihre Dienstzeit hinaus mitgeholfen haben, daß diese Gesetzesnovelle im besten allgemeinen Einvernehmen beschlossen werden kann, den aufrichtigsten Dank zum Ausdruck zu bringen.

Abschließend wiederhole ich den Antrag, der Hohe Landtag wolle den Entwurf des Gesetzes, womit das Steiermärkische Jagdgesetz 1950, LGBl. Nr. 50, ergänzt und abgeändert wird, zum Beschluß erheben.

Präsident: Die ÖVP hat einen Minderheitsantrag gestellt. Ich bringe zuerst diesen Minderheitsantrag zu § 30 des Steiermärkischen Jagdgesetzes, wonach in jenen Gemeinden, in denen es die Mehrheit der kammerzugehörigen Grundbesitzer auf Grund einer geheimen Abstimmung verlangt, daß die Gemeindejagd vom Ortsbauernausschuß vergeben werden soll, zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Das ist die Minderheit. Der Antrag ist daher abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über alle Bestimmungen der Gesetzesvorlage, Beilage Nr. 46, wie sie vom Landeskulturausschuß beantragt wurden.

Ich ersuche die Abgeordneten, die mit diesen Bestimmungen einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Damit ist die Jagdgesetzesnovelle verabschiedet. (Beifall auf der Galerie.)

Ich bitte die Galerie, sich jeder Beifallskundgebung zu enthalten.

3. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage zu Einl.-Zl. 42, betreffend die Erklärung der Gemeindestraße Gaisfeld—Ritzbauernkapelle als Landesstraße.

Berichterstatter ist Abg. Ing. Koch, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. Ing. Koch: Hoher Landtag! Die Vorlage Einl.-Zl. 42 beinhaltet die Übernahme der Gemeindestraße Gaisfeld—Ritzbauernkapelle als Landesstraße. Diese Gemeindestraße hat eine Länge von 2780 m. In der 5. Sitzung des Steiermärkischen Landtages vom 30. Juni 1953 wurde dieser Antrag der Steiermärkischen Landesregierung zur Durchführung der erforderlichen Erhebungen zugewiesen. Diese Erhebungen haben folgendes ergeben: Der gegenständliche Straßenzug zweigt in Gaisfeld von der Packer Bundesstraße ab und führt bis zur Ritzbauernkapelle, wo er dann seine Fortsetzung in 2 schlechtausgebauten Gemeindewegen durch das Teigitsch- bzw. Gößnitztal findet. Die durchschnittliche Fahrbahnbreite dieser eingleisigen Straße beträgt 2,50 bis 3 m. Die Gemeindestraße hat keine Grundierung und wurde seinerzeit im Jahre 1936 von der Bezirksverwaltung Voitsberg instandgesetzt. Da inzwischen

infolge der Auswirkung des Verkehrs und der Auswaschungen der Niederschlagswässer ein starker Verschleiß der Fahrbahn stattgefunden hat, ist eine weitgehende Aufbringung einer Grobschlagschichte sowie einer durchgehenden Schotterwalzung notwendig geworden. Die Straße bedarf der Anlage einer Reihe von Ausweichstellen und von Maßnahmen zur Gewährleistung einwandfreier Entwässerungsverhältnisse.

Die Kosten für die Instandsetzungsarbeiten würden insgesamt 430.000 S betragen. Nach § 33 Abs. 1 und 2 des Landesstraßenverwaltungsgesetzes 1938 sind die vom Lande zu übernehmenden Straßen vor ihrer Übernahme von den Gemeinden derart instandzusetzen, daß sie dem zu erwartenden Verkehr entsprechen. Gemäß § 33 Abs. 3 desselben Gesetzes können die Kosten für die Instandsetzung jedoch gänzlich oder teilweise vom Lande übernommen werden, wenn der zu übernehmenden Straße eine besondere Bedeutung zukommt. An Erhaltungskosten würden dem Land einschließlich der Personalkosten jährlich rund 30.000 S erwachsen.

Die Gemeindestraße Gaisfeld—Ritzbauernkapelle dient dem Anschluß von Gebietsteilen der Gemeinde St. Martin am Wöllmißberg, Arnstein, Kobald und Krottendorf an die Packer Bundesstraße. Außerdem wird die Straße für das Kraftwerk Arnstein der Steweag sowie für die Sägewerke Brunner und Rumpf benützt. Über Aufforderung der Steiermärkischen Landesregierung haben sich folgende Körperschaften zu einer Beitragsleistung verpflichtet:

Die Gemeinde Arnstein zu	70.000 S
die Steweag zu	50.000 S
Das Sägewerk Rumpf zu	4.000 S
das Sägewerk Brunner zu	4.000 S
die Gemeinde Kobald zu	1.000 S
und die Gemeinde St. Martin am Wöllmißberg zu	1.000 S
insgesamt	130.000 S

Der Finanzausschuß stellt daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Gemäß §§ 8 und 33 des Landesstraßenverwaltungsgesetzes, LGBl. Nr. 20 1938, wird die Gemeindestraße Gaisfeld—Ritzbauernkapelle von der Abzweigung von der Packer Bundesstraße bis zur Ritzbauernkapelle in einer Länge von 2780 m zur Landesstraße erklärt. Für den Ausbau der Straße sind die obengenannten Beiträge zu leisten und weiters haben die Gemeinden Arnstein und Krottendorf die für die Straße erforderlichen Grundstreifen in dem von der Landesstraßenverwaltung für notwendig erachteten Ausmaß zu erwerben und dem Lande kostenlos zu überlassen, sowie die Berainung und grundbücherliche Übertragung auf eigene Kosten durchzuführen.

Der Zeitpunkt der Übernahme wird mit 1. Jänner 1955 festgesetzt.“

Ich bitte daher, das Hohe Haus wolle diesem Antrag seine Zustimmung geben.

(1. Präsident Wallner hat den Vorsitz wieder übernommen.)

Landesrat Dr. Stephan: Hoher Landtag! Ich weiß, daß es bei einigen Unwillen erregen wird, daß ich mich zu einem scheinbar so unwesentlichen Punkt zum Worte melde. Um aber neuerdings dem Vorwurf des Herrn Landeshauptmannes zu begegnen, daß ich in meinem Referate nicht nach den Rechten sehe, möchte ich auf die Gepflogenheiten bei Übernahme von Straßen als Landesstraßen hinweisen.

Es kommen aus verschiedenen Gründen, wirtschaftlichen und politischen, Anträge auf Übernahme von Gemeinde- und Interessentenstraßen als Landesstraßen in das Hohe Haus. Die Zahl der als Landesstraßen zu übernehmenden Straßen ist sehr groß. Ich weiß, daß die meisten von diesen Straßen tatsächlich unter den schwierigsten Verhältnissen von den einzelnen Gemeinden erhalten werden können. Ich weiß aber auf der anderen Seite, und zwar weiß ich das sowohl vom Finanzreferate als auch vom Baureferate, daß die Übernahme und Erhaltung dieser Straßen als Landesstraßen vom landesfinanziellen und landesbaulichen Standpunkte nur sehr schwer durchzuführen ist. Anlässlich der Budgetdebatte des vergangenen Jahres habe ich die Bitte an die Herren Abgeordneten gerichtet, nur begründete Ansuchen und Anträge auf Übernahme von Landesstraßen zu stellen, wenn tatsächlich eine andere Lösung nicht mehr zu finden ist.

Ich werde auch außerdem dann noch von einzelnen Herren des Landtages gebeten, mich dieser oder jener Straßenübernahme besonders anzunehmen und werde gefragt, ob ich in der Lage sei, einen diesbezüglichen Regierungsantrag zu stellen. Ich habe in einigen Fällen einen Antrag in die Regierung gebracht, aber in den meisten Fällen mit diesen Anträgen nicht durchkommen können, und zwar aus den von mir schon früher angeführten Gründen. Es wurden auch Sondersitzungen, die nur aus den interessierten Landesregierungsmitgliedern zusammengesetzt waren, einberufen und es wurde bei neun Zehnteln der beantragten Landesstraßen festgestellt, daß sie nach der derzeitigen Lage des Landes von finanzieller Seite einerseits und baurechtlicher Seite andererseits nicht zu befürworten wären. Ich muß Sie daher bitten, nicht darin von mir aus eine Sabotage dieser Übernahme zu erblicken, wenn ich nicht in jeder Regierungssitzung mit mindestens drei Übernahmsanträgen komme. Denn ich halte es für eine überflüssige Arbeit nicht nur der Abteilung 3, sondern auch aller anderen damit betrauten Abteilungen, wenn ich immer wieder Anträge in die Regierung bringe, die aus wirklich sachlichen Gründen von beiden großen Parteien dann abgelehnt werden. Ich möchte daher bitten, bevor man etwas unternimmt, um die Übernahme einer Straße durchzusetzen, die nötigen Besprechungen mit den beteiligten Herren, die die Macht haben, einen Antrag auch wirklich durchzusetzen, durchzuführen. Ich habe aber keinen

Sinn dafür, wenn aus irgendwelchen optischen Gründen die Übernahme einer Straße beantragt wird, die dann ohnedies nicht durchgeführt werden kann und nur mein Referat belastet.

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bringe den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche jene Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

4. Mündlicher Bericht des Volksbildungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 44, Gesetz über die Errichtung einer Hauptschule in Trofaiach.

Berichterstatter ist Abg. Sebastian.

Berichterstatter Abg. Sebastian: Hohes Haus! Der Volksbildungsausschuß hat sich in seiner Sitzung am 17. Juli mit der vorliegenden Regierungsvorlage bezüglich der Errichtung einer Hauptschule in Trofaiach beschäftigt. Das Anwachsen des Siedlungsgebietes in Trofaiach und das dadurch bedingte Ansteigen der Schülerzahl hat die Errichtung einer Hauptschule erforderlich gemacht. Der Volksbildungsausschuß hat in seiner Sitzung dieser Errichtung zugestimmt und ich ersuche Sie nun in seinem Namen, dieser Vorlage die Zustimmung zu geben.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bringe den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

5. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses, über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 155, betreffend die Verleihung des Rechtes zur Führung der Bezeichnung „Marktgemeinde“ an die Gemeinde Sankt Stefan im Rosental. (Politischer Bezirk Feldbach).

Berichterstatter ist Abg. Hegenbarth. Ich erlaube ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Hegenbarth: Hoher Landtag! Die Gemeinde Sankt Stefan im Rosental hat vor einiger Zeit an die Steiermärkische Landesregierung die Bitte gerichtet, ihr die Führung der Bezeichnung „Marktgemeinde Sankt Stefan im Rosental“ zu gewähren. Die Landesregierung hat sich eingehend damit beschäftigt und ist zum Entschluß gekommen, dem Landtag die Annahme dieser Bitte zu empfehlen. Maßgebend dafür war, daß Sankt Stefan im Rosental im Laufe der letzten Jahrzehnte eine beträchtliche wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung genommen hat. Es ist Mittelpunkt des Rosentales, es ist eine uralte Gemeinde, die schon vor mehr als 700 Jahren urkundlich erwähnt wurde. Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat sich in seiner Sitzung am Samstag mit der Angelegenheit befaßt und hat einstimmig beschlossen, dieses Ansuchen zu befürworten. Ich

darf daher namens des Gemeinde- und Verfassungsausschusses folgenden Antrag stellen:

„Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der im politischen Bezirk Feldbach gelegenen Gemeinde Sankt Stefan im Rosental wird gemäß § 3 Abs. 1 der Gemeindeordnung 1953, LGBl. Nr. 36, das Recht zur Führung der Bezeichnung ‚Marktgemeinde‘ verliehen.“

Präsident: Da keine Wortmeldung vorliegt, bringe ich den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und bitte die Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

6. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage zum Antrag der Landtagsabgeordneten Wallner, Hegenbarth, Stiboller, Berger und Ebner Oswald, Einl.-Zl. 84, betreffend Änderung der Kehrordnung 1949.

Berichterstatter ist Abg. Weidinger. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Weidinger:** Hohes Haus! In der zehnten Sitzung des Steiermärkischen Landtages am 26. November 1953 haben die Abgeordneten Wallner, Hegenbarth, Stiboller, Berger und Ebner Oswald einen Antrag eingebracht, womit die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert wurde, eine Novelle zum Gesetz vom 11. Juli 1949, LGBl. Nr. 50, betreffend die Kehrordnung für das Land Steiermark einschließlich der Landeshauptstadt Graz, zur Beschlussfassung vorzulegen, in welcher in der Hauptsache eine Änderung der zur Zeit geltenden mindestens sechswöchigen Kehrpflicht in eine vierwöchige Kehrpflicht, besonders in den Landgemeinden, eingeführt werden soll. Die Landesregierung hat die von den genannten Abgeordneten gegebene Anregung, betreffend die Neufassung der Kehrordnung, auf Grund der in der Vorlage dargelegten Erwägungen ausgearbeitet. Zum Referentenentwurf wurden bereits Äußerungen der interessierten Abteilungen, des Bauamtes, des Landes-Feuerwehrenspektorates und der Landesstelle für Brandverhütung eingeholt. Der unter Berücksichtigung dieser Äußerungen umgearbeitete Entwurf wird den übrigen interessierten Stellen, wie der Kammer der gewerblichen Wirtschaft, der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft, dem Österreichischen Städtebund und dem Steiermärkischen Gemeindebund zugehen. Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat in seiner Sitzung vom 17. d. M. dieser Regierungsvorlage vom 22. Juni zugestimmt. Ich stelle nun an das Hohe Haus die Bitte, diesen Antrag, betreffend Änderung der Kehrordnung 1949, zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bringe den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und bitte jene Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

7. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 148, Bericht des Rechnungshofes vom 14. Jänner 1954, Zl. 4664-11 1953, über das Ergebnis der Gebarungüberprüfung der Stadtgemeinde Kapfenberg für die Rechnungsjahre 1951 und 1952.

Berichterstatter ist Abg. Bammer.

Berichterstatter Abg. **Bammer:** Hoher Landtag! Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat sich in seiner letzten Sitzung mit dem Bericht des Rechnungshofes über die Gebarung der Stadtgemeinde Kapfenberg für die Jahre 1951 und 1952 beschäftigt und stellt nun an den Hohen Landtag folgenden Antrag:

„Der Hohe Landtag wolle beschließen: 1. Der Bericht des Rechnungshofes über die erfolgte Überprüfung der Gebarung der Stadtgemeinde Kapfenberg für die Rechnungsjahre 1951 und 1952 wird zur Kenntnis genommen. 2. Dem Rechnungshof wird für die Überprüfung der Gebarung der Dank ausgesprochen.“

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bringe den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und bitte die Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

8. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage zu Einl.-Zl. 81, betreffend Personalvertretungsgesetz.

Berichterstatter ist Abg. Hegenbarth. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Hegenbarth:** Hoher Landtag! Diese Vorlage beinhaltet eine Antwort der Landesregierung auf einen Antrag der Abgeordneten des VDU zur Frage der Personalvertretungen. Wir wissen, daß Personalvertretungen gesetzlich vorgesehen sind und die Landesregierung hat auch die entsprechenden Vorstellungen in Wien erhoben, um die Schaffung dieser Personalvertretungen möglichst bald durchführen zu lassen. Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat mich als Berichterstatter beauftragt, den Hohen Landtag zu bitten, er wolle beschließen:

„Die Landesregierung möge durch Vorstellung bei der Bundesregierung erwirken, daß diese die in der Bundesverfassung vorgesehene Einrichtung von Personalvertretungen der öffentlichen Bediensteten umgehend einer bundesgesetzlichen Regelung zuführt.“

Ich bitte den Hohen Landtag, dieser Vorlage zuzustimmen.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Daher bringe ich den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen Abgeordneten, die dem Antrag ihre Zustimmung erteilen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

9. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage zum Antrag der Abgeordneten Strohmayer, Dr. Hueber, Scheer, Peterka und Hafner, Einl.-Zl. Nr. 128, betreffend Einführung eines Vergabungsausschusses.

Berichterstatter ist Abg. Dr. Kaan. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Dr. Kaan:** Hohes Haus! In der 15. Sitzung des Steiermärkischen Landtages haben die Landtagsabgeordneten Strohmayer, DDr. Hueber, Scheer, Peterka und Hafner einen Antrag auf Ergänzung des Landesverfassungsgesetzes vom 4. Februar 1926 gestellt, mit welchem die Einführung eines Vergabungsausschusses beabsichtigt ist. Dazu hat die Steiermärkische Landesregierung einen Bericht erstattet. Diesen Bericht können Sie aus der Einl.-Zl. 128 entnehmen. Sie steht dem Antrag aus mehrfachen Erwägungen ablehnend gegenüber. Mit diesem Berichte hat sich auch der Gemeinde- und Verfassungsausschuß beschäftigt und beantragt:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Antrag der Landtagsabgeordneten Strohmayer, DDr. Hueber, Scheer, Peterka und Hafner, Einl.-Zl. 128, betreffend Einführung eines Vergabungsausschusses durch Ergänzung des Landesverfassungsgesetzes vom 4. Februar 1926 in der Fassung der Landesverfassungsnovellen 1951 und 1953, LGBl. Nr. 51/1951 und LGBl. Nr. 35/1953, wird abgelehnt.“

Abg. **Strohmayer:** Hoher Landtag! Der von uns gestellte Antrag zur Schaffung eines Vergabungsausschusses beinhaltet die Vergebung von Lieferungen und Aufträgen, die 10.000 S überschreiten, an gewerbliche Unternehmungen. Er wurde unter dem Eindruck der Meldungen des Fleischskandals angeregt. Wir waren der Meinung, daß man aus diesem Fehler die praktische Folgerung ziehen und durch die Schaffung eines Vergabungsausschusses für die Zukunft vorbeugen müsse. Der Fleischskandal ist nun vorbei, einige Schuldige wurden verurteilt und die Gemüter haben sich beruhigt. (Landeshauptmann **Krainer:** „Da müssen Sie die Verfassung ändern!“) Warum so aufgeregt? Nun wird als letztes Nachspiel unser Antrag abgelehnt. Alles bleibt beim Alten, wie es gewesen ist. Es war nicht anders zu erwarten und wir wußten, daß es so kommen wird. Trotzdem aber ist es notwendig, diesem Antrag doch eine kleine Grabrede zu halten und zum Teil die Ablehnungsbegründung der Landesregierung zu besprechen, um den Nachweis zu liefern, daß unser Antrag wirklich ernste Erwägungen als Grundlage hatte.

Der Ablehnungsantrag der Landesregierung stützt sich auf zwei Hauptbegründungspunkte: 1. Wir hätten in unserem Antrag nicht genügend darauf Bedacht genommen, daß es sich um einen Verfassungsantrag handelt und verfassungsmäßig die Herren der Landesregierung für

die Vergabungen zuständig sind und 2. daß die Schaffung eines Vergabungsausschusses eine Verkomplizierung und Verzögerung der Vergabungen brächte. Zum ersten Punkt, Verfassungskomplikationen, kann ich Ihnen als Beweis unseren Antrag vorlegen, der lautet:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Das Landesverfassungsgesetz vom 4. Februar 1926 in der Fassung der Landesverfassungsnovellen 1951 und 1953, LGBl. Nr. 51/1951 und LGBl. Nr. 35/1953, wird im § 32 Abs. 1 wie folgt ergänzt:

„Die Vergebung von Lieferungen und Aufträgen an gewerbliche Unternehmungen in einem 10.000 S übersteigenden Werte obliegt einem aus 9 Abgeordneten bestehenden und vom Landtag zu wählenden Vergabungsausschuß, welcher diese Vergebung unter Beachtung der vom Landtag zu beschließenden Anbot- und Lieferungsbedingungen durchzuführen hat. Der Landtag beschließt auch die Geschäftsordnung des Vergabungsausschusses.“

Also hier steht ausdrücklich, daß wir die Änderung des Landesverfassungsgesetzes, und zwar des § 32 Abs. 1 wünschen. Der Antrag ist in bester Ordnung und ein Verfassungsgesetz läßt sich Gott sei Dank ändern. Was wir hier wollen, ist ja nichts als der Antrag, dieses Verfassungsgesetz zu ändern.

Ernstlich muß ich mich mit dem Vorwurf der „Verkomplizierung“ befassen. Wir wünschen bei der ganzen Sache nicht eine Verkomplizierung sondern eine Vergenauerung. Derzeit wird die Vergebung in ihrer letzten Phase nach der Verordnung Nr. 290 aus 1953 von der Landesregierung durchgeführt. Also sind die 9 Regierungsmitglieder unter dem Vorsitz des Herrn Landeshauptmannes berufen, die jeweiligen Vergabungen der Landesaufträge zu beschließen. Wir sehen darin eine unnütze Belastung der Regierungsmitglieder und unser Antrag bezweckt, sie von diesen Agenden zu entlasten und diese einem Vergabungsausschuß zuzuteilen. Wenn nun die Landesregierung, die die Zuteilung durchführt, die Sache ernst nimmt, wird sie bei der Fülle solcher Erledigungen für ein wirklich ausführlich zu behandelndes großes Regierungsproblem nicht die entsprechende Zeit finden. Ich bin der Meinung, daß der Herr Landeshauptmann, der hiebei den Vorsitz führt, sich mit größeren Problemen befassen muß, als es zum Beispiel die Gebäckslieferungszuteilung für irgendein Krankenhaus ist. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter hat selbst in der Ausschußsitzung gesagt, wenn es genau genommen werden soll, müßte so eine Sitzung mindestens 36 Stunden dauern, also es kann gar nicht genau genommen werden. So nimmt man es also nebenbei, so am Rande der Regierungssitzung. Wahrscheinlich 73 Fälle in 10 Minuten. (Zwischenruf: „Das gilt für Ihren Kollegen genau so wie für uns!“) Ich spreche ja ohnehin für alle. Da werden fertige Listen hingelegt, möglichst lange Verträge abgeschlossen, damit man

nicht zu oft belästigt wird. Hier mögen die Herren der Regierung selbst schuld sein, hier ist die Hauptquelle solcher Fehler, wie wir es beim Landeskrankenhaus erlebt haben. Trotz geänderter Verhältnisse gleichbleibende Preise, jahrzehntelange Verträge, sogenannte lebenslängliche Lieferanten der Landesregierung, während die Hauptmasse der Wirtschaftstreibenden den Weg zu öffentlichen Lieferungen niemals finden kann. Hier sollte der Verggebungsausschuß, der sich nur mit Verggebungen befassen soll, Wandel schaffen.

Die Vorteile für die Landesregierung und für die Wirtschaft zeichnen sich klar ab: 1. Die Regierungsmitglieder werden entlastet. 2. Könnte der einzelne Fall und Akt genauer behandelt werden. 3. Könnten in den Verggebungsausschuß Fachleute entsendet werden. 4. Die Offertbehandlung könnte so geregelt werden, daß die Angebote erst bei den Sitzungen geöffnet werden. 5. Wären kurzfristige Abschlüsse zu tätigen.

So ein Verggebungsausschuß ist keine Erfindung von uns, so und so viele Körperschaften haben solche Verggebungsausschüsse eingeführt, wie beispielsweise die uns naheliegende Stadtverwaltung Graz. (Landeshauptmann **Kraimer**: „Das ist keine gesetzgebende Körperschaft!“ Abg. **DDr. Hueber**: „Die Landesregierung auch nicht!“) Die Stadtgemeinde Graz, die keine gesetzgebende Körperschaft ist, die hat für die Verggebungen ein ganzes Bücherl herausgegeben, die Landesregierung die Verordnung 290, die im Jahre 1953 erlassen wurde, die im ganzen 13 Paragraf hat. Außerdem ist es aber, wenn wir von den öffentlichen Körperschaften absehen, auch in großen Betrieben nicht usuell, daß die Generaldirektion die Lieferungsverträge abschließt, dafür haben sie ihre Spezialabteilungen. (Abg. **Wegart**: „Herr Strohmayer, lassen Sie sich das nächstemal in den Gemeinderat wählen!“)

Überall sucht man den führenden Menschen die Hände frei zu machen und wir selbst müssen daran interessiert sein, daß unsere Regierungsmitglieder nicht allzusehr mit solchen Aufgaben belastet werden, denn zu solch einer Zuteilung bedarf es ja auch gewisser zeitraubender Vorarbeiten. Es wäre ja wirklich von Vorteil, wenn das den Regierungsmitgliedern abgenommen werden möchte.

Vielleicht fürchtet man, daß es dadurch irgendwie zu einer Verschiebung kommt. Aber unser Antrag hat ja selbst vorgeschlagen, daß die Zusammensetzung dieses Ausschusses im gleichen Mitgliederverhältnis erfolgen soll wie die Regierungssitzung und außerdem sitzt ja von jedem einzelnen Regierungsmitglied ein Klubkollege dort im Ausschuß und der wird dort auch so stimmen müssen wie es das Landesregierungsmitglied wünscht. (Zwischenruf: „Wozu dann der Ausschuß?“) Ich bedaure daher, daß Sie heute diesen Antrag, den wir gestellt haben, ablehnen werden. Wir behalten uns aber vor, daß wir bei irgend einem ähnlichen Vorfall wieder mit diesem Antrag kommen werden. Wir

werden Sie dann daran erinnern, daß Sie ihn schon einmal abgelehnt haben. (Beifall bei der WdU.)

Abg. Dr. Rainer: Sehr verehrte Damen und Herren! Nach den mehr humoristischen Ausführungen ist es vielleicht doch notwendig, noch ein ernstes Wort zu dieser Frage zu sprechen, damit es nicht den Anschein hat, als ob diese Sache in der Sitzung des Gemeinde- und Verfassungsausschusses nicht eingehend diskutiert und die Antwort der Steiermärkischen Landesregierung nicht genug durchbesprochen worden wäre. Es ist nicht ganz so wie der Herr Abg. Strohmayer das meint, daß es so einfach wäre, eine Landesverfassung zu ändern. Man kann nur unter ganz dringenden und zwingenden Umständen eine Verfassungsänderung durchführen. Es wundert mich, daß den Herren vom WdU, die sonst so in der Rechtsgeschichte bewandert sind, nicht bekannt ist, daß nach dem Grundprinzip der Gewaltentrennung Gesetzgebung und Vollziehung getrennt sein müssen. Auch das Beispiel der Stadtgemeinde stimmt nicht, weil ja die Stadtgemeinde keine gesetzgebende Körperschaft ist. Und eine — wie er sagt — „Vergenauerung“ würde auch kaum durch einen solchen Ausschuß herbeigeführt werden. (Abg. **DDr. Hueber**: „Die Landesregierung ist auch keine gesetzgebende Körperschaft!“) Aber der Landtag! (Abg. **DDr. Hueber**: „Dem Landtag wird ja nichts weggenommen.“) Der Herr Abg. Dr. Hueber hat immer das Gefühl, daß er persönlich angegriffen wird und daß es eine ur-eigenste persönliche Bosheit ist, wenn man einem Antrag, den er unterschreibt, nicht sofort zustimmt. Glauben Sie mir, daß wir auch die Anträge, welche vom WdU kommen und die von Ihnen unterschrieben sind, genau beraten, aber leider ist nicht soviel Weizen in dieser Spreu, daß man in den meisten Fällen die Zustimmung geben könnte.

Dem VdU geht es bei dieser Sache um etwas ganz anderes. Sie wollen in der Hoffnung, den Vorsitzenden zu stellen, wieder das Zünglein an der Waage spielen. Im allgemeinen ist bei den Verggebungen bisher sehr wenig Kritik geübt worden. Auch mußte der Herr Abg. Strohmayer selbst zugeben, daß auch die Herren des Ausschusses so stimmen müssen, wie es die Landesregierungsmitglieder wollen. Wenn Sie einen genauen Einblick haben wollen, dann beauftragen Sie doch Ihr Landesregierungsmitglied, unsere Regierungsmitglieder haben immer noch die entsprechende Zeit gefunden, um auf diese Sache ihr Augenmerk zu lenken. Und wenn man entsprechend aufpaßt, dann wird es zu keinen solchen Mißständen mehr kommen, wie es sie bei dem so oft angeführten Fleischskandal gab. (Beifall bei ÖVP.)

Landeshauptmann Kraimer: Ich hätte mich nicht zum Worte gemeldet, wenn nicht der Herr Abg. Strohmayer den Ausdruck „Schiebung“ gebraucht hätte und gegen diesen Ausdruck muß ich mich verwahren. Ich kann mir diesen Aus-

druck namens der Landesregierung nicht gefallen lassen, denn es wird nicht geschoben in der Landesregierung. Die Vergabungen erfolgen durch die Landesregierung und es sind fast ausnahmslos alle Mitglieder bei diesen Sitzungen anwesend. Die Vergabungen erfolgen auf Grund der billigsten Angebote, wenn nicht irgendwelche Ausschließungsgründe beim billigsten Angebote vorliegen, sonst kommt der nächstbillige zum Zuge. Im allgemeinen gilt der Grundsatz, daß man dem zuteilt, der das billigste Offert stellt.

Ich habe mich auch deshalb zum Wort gemeldet, weil wir ja auch hineinhören in verschiedene Kreise und immer wieder von Schiebung die Rede ist. Und wenn das nun auch noch ein Abgeordneter sagt, wird es heißen, dann müsse es eigentlich stimmen. Dem ist aber nicht so. Es wird, soweit die Landesregierung sich mit diesen Dingen zu beschäftigen hat, nicht nur am Rande, sondern sogar sehr lange darüber debattiert, ob es nicht zweckmäßig wäre, jemanden anderen einzuladen oder diese oder jene Firma mit einem Auftrag zu betrauen. Es wird sehr gewissenhaft gearbeitet in diesen Dingen.

Wir sind der Auffassung, was auch der Herr Abg. Dr. Rainer schon zum Ausdruck gebracht hat, daß der Landtag die gesetzgebende Gewalt und die Landesregierung die Vollzugsgewalt ist und wir können nicht ohne wirklich triftige Gründe Verwaltung und Gesetzgebung zusammenwerfen. Das war auch der Grund, weshalb wir den Antrag auf Einsetzung eines Vergabungsausschusses abgelehnt haben.

Den Vergabungsausschuß des Landtages zu vergleichen mit dem der Gemeinde ist bei den Haaren herbeigezogen. Das kann gar nicht miteinander verglichen werden. Es wird auch in Zukunft immer wieder getrachtet werden, einen passenden Weg zu finden, wie diese Vergabungen erfolgen sollen, weil auch die Billigkeit nicht immer allein maßgebend ist. Damit man nicht sagen kann, man gehe ungerecht vor und vor allem, um der Konkurrenz freien Lauf zu lassen, wird an den billigsten vergeben.

Ob zentral eingekauft werden soll oder bei den einzelnen Verwaltungen oder Betrieben, das ist schon wieder eine sehr heikle Frage. Wir befassen uns laufend damit, um hier den richtigen Weg zu finden. Ich glaube aber sagen zu dürfen, daß erstens keine Schiebungen vor sich gegangen sind und zweitens wir uns redlich bemühten, die Vergabungen so durchzuführen, daß sowohl unsere Anstalten, also die Auftraggeber, als auch die Lieferanten zufrieden sein können. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. **Strohmayer**: Ich stelle nur fest, daß ich das Wort „Schiebung“ nicht gebraucht habe. Als Beweis wird das Stenographische Protokoll zur Verfügung stehen.

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bringe den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Ab-

geordneten, die seinem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschleicht.)

Der Antrag ist angenommen.

Ich werde nunmehr die Sitzung unterbrechen. Ich ersuche die Mitglieder des Gemeinde- und Verfassungsausschusses, sich sogleich in das Beratungszimmer 18/II neben dem Bibliothekszimmer zu begeben, um dort die Beratungen über das Heilquellen- und Kurorte-Landesgesetz aufzunehmen.

Die Mitglieder des Finanzausschusses werden ersucht, sich um 16 Uhr im Beratungszimmer Nr. 18/II zu versammeln, um die Beratungen über die Fremdenverkehrsabgabegesetz-Novelle (Beilage Nr. 47) und über das Landes-Kurabgabegesetz (Beilage Nr. 48) durchzuführen. Die Landtagssitzung wird um 18 Uhr wieder aufgenommen. Die Sitzung ist unterbrochen.

Ich ersuche die Mitglieder des Hohen Hauses, um 18 Uhr wieder hier anwesend zu sein.

(Wiederaufnahme der Sitzung um 20 Uhr 35 Minuten.)

I. Präsident Wallner: Hoher Landtag! Ich nehme die Sitzung wieder auf und teile mit, daß der Gemeinde- und Verfassungsausschuß und der Finanzausschuß während der Unterbrechung der Landtagssitzung ihre Beratungen abgehalten haben und im Hause antragstellend berichten können. Wir können daher in die Verhandlung jener Beratungsgegenstände eingehen, die wir als die letzten drei Punkte auf die Tagesordnung gesetzt haben.

Wir kommen demnach zu Punkt 10 der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 32, Gesetz über die Regelung des Heilquellen- und Kurortewesens in Steiermark (Heilquellen- und Kurorte-Landesgesetz).

Berichterstatter ist Abg. **B a m m e r**. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Bammer**: Hoher Landtag! Das Gesetz, in dem das Kurorte- und Heilquellenwesen grundsätzlich geregelt ist, ist das Bundesgesetz vom 21. März 1930, Nr. 88. In Steiermark ist die Genehmigung und Änderung der Kurordnung bisher auf Grund des Landesgesetzes vom 5. Mai 1898, LGBl. Nr. 38, erfolgt. Durch Erlaß des Bundesministeriums für Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesverfassungsdienst beim Bundeskanzleramt und mit dem Bundesministerium für soziale Verwaltung wurde nunmehr dieses Gesetz, das bisher als Grundlage für die Genehmigung der Kurordnung gegolten hatte, als nicht mehr gültig erklärt. Deshalb ist die Beschlußfassung über ein Ausführungsgesetz des Landes zum Bundesgrundsatzgesetz notwendig. Die Beratungen über die dem Hohen Hause zugegangene Vorlage wurden bereits im Februar d. J. sehr aus-

fürlich im Gemeinde- und Verfassungsausschuß durchgeführt. Es haben sich inzwischen Meinungsverschiedenheiten mit den interessierten Stellen des Bundes ergeben und waren deshalb Verhandlungen mit diesen Bundesstellen notwendig. Die Bedeutung und Wichtigkeit dieser Gesetzesvorlage wurde auch durch eine dringliche Anfrage des Klubs der WdU unterstrichen und in der letzten Sitzung hat der zuständige Referent, Landesrat DDr. Blazizek, sehr ausführlich zu diesem Fragenkomplex Stellung genommen. Es ist sehr erfreulich und ich glaube behaupten zu dürfen, auch besonders dem Drängen des zuständigen Referenten zu danken, daß sich der Gemeinde- und Verfassungsausschuß schon heute wieder mit dieser umfassenden Gesetzesmaterie beschäftigen konnte und nach einer sehr eingehenden Beratung nunmehr dem Hohen Hause die nötigen Anträge vorlegen kann. Ich darf also den Landtag ersuchen, den Anträgen des Gemeinde- und Verfassungsausschusses mit folgender geringfügigen Abänderung zuzustimmen: Im § 13 Abs. 1 an Stelle der Worte: „Gesetz vom 18. 2. 1878, BGBl. Nr. 30“ treten die Worte „Eisenbahnteilungsgesetz, BGBl. Nr. 71 aus 1954“.

Diese Änderung ist deshalb nötig, weil seit der Beschlußfassung des 1. und 2. Teiles des Kurortgesetzes eine Wiederverlautbarung des Gesetzes vom Jahre 1878 erfolgt ist und nunmehr dieses Gesetz die neue Bezeichnung für die Wiederverlautbarung erhalten hat.

Ich bitte die Abgeordneten des Hohen Hauses, den Anträgen des Gemeinde- und Verfassungsausschusses ihre Zustimmung zu geben und die letztlich noch betonte Änderung des § 13 ebenfalls mit in den Gesetzestext zur Beschlußfassung aufzunehmen.

Abg. **Scheer**: Hoher Landtag! Es liegt nunmehr das Gesetz über die Regelung des Heilquellen- und Kurortwesens zur Beschlußfassung vor. Ich darf namens meiner Fraktion die Genugtuung zum Ausdruck bringen, daß wir nunmehr in die Lage versetzt werden, dieses Gesetz zu verabschieden. Es war ein langer und beschwerlicher Weg, den dieses Gesetz durch dieses Hohe Haus und die verschiedenen Ausschüsse und Kammern und sonstigen zuständigen, zum Teil auch nicht, zuständigen Stellen genommen hat, um das Gesetz in die Fassung zu bringen, in der es heute zur Beschlußfassung vorliegt. Ich darf namens meiner Fraktion sagen, daß wir uns bemüht haben, zu diesem Gesetzentwurf weitgehende Verbesserungen vorzuschlagen und feststellen, daß diese zu unserer vollsten Zufriedenheit aufgenommen worden sind. Ich erkläre endlich, daß wir dem Gesetz in der Vorlage außer den 3 Minderheitsanträgen, welche noch zur Abstimmung kommen dürften (Zwischenruf: „Es sind keine Anträge gestellt worden!“) . . ., daß wir dem Gesetz, wie es vorliegt, unsere Zustimmung erteilen.

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Der Abänderungsantrag, der vom Berichterstatter erwähnt worden ist, wurde ordnungsmäßig eingebracht und ich kann daher über das Gesetz unter einem abstimmen lassen.

Ich bitte die Abgeordneten, die dem Gesetz zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Das Gesetz ist angenommen.

11. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 47, Gesetz, womit das Gesetz vom 27. Mai 1952, LGBl. Nr. 42, über die Einhebung einer Fremdenverkehrsabgabe im Lande Steiermark für Zwecke der Förderung des Fremdenverkehrs (Fremdenverkehrsabgabengesetz) geändert wird.

Berichterstatter ist Abg. **Hofmann**, ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Hofmann**: Hoher Landtag! Die Beilage Nr. 47 behandelt das Gesetz über die Einhebung einer Fremdenverkehrsabgabe im Lande Steiermark. Der Finanzausschuß hat sich mit dieser Vorlage beschäftigt und schlägt Ihnen vor, die Vorlage anzunehmen mit der Änderung, im Artikel I Punkt 3 in der Zeile 2 an Stelle der Ziffer „80“ die Ziffer „75“ zu setzen. In Punkt 4, 2. Zeile, ist die Ziffer „20“ durch die Ziffer „25“ zu ersetzen. Im Artikel III, vorletzte Zeile, ist die Ziffer „80“ durch die Ziffer „75“ zu ersetzen.

Ich bitte um Annahme der Vorlage.

Abg. **Scheer**: Hoher Landtag! Der heutige Tag war ausgefüllt mit Beratungen über das vorliegende Gesetz. Ich stelle fest, daß ich namens meiner Fraktion im Ausschuß beantragt habe, dieses Gesetz und auch das folgende Gesetz, die Landeskurabgabe, zurückzustellen, weil es uns nicht möglich war, den Entwurf, der erst heute dem Hohen Hause vorgelegt wurde, in entsprechender und eingehender Weise so zu beraten, wie es den Abgeordneten zukommt und zukommen muß. Es ist unmöglich, diesem Gesetz, obzwar es schon lange in Ausarbeitung ist, das aber doch in der Vorlage einschneidende und wesentliche Änderungen enthält, ohne sich entsprechend beraten zu können, ohne weiteres zuzustimmen.

Wir haben, soweit dies möglich war, aber doch in pflichtgemäßer Auffassung unserer Aufgaben als Abgeordnete alles unternommen, was möglich war, um eine vorzeitige und vorschnelle Durchpeitschung dieses Gesetzes zu verhindern, haben aber andererseits uns dagegen verwahrt, daß diese Änderungen jetzt in dieser Form durchgehen. Im einzelnen können wir dem Artikel I Ziffer 4, wo es heißt „Im § 3 Absatz 6 4. und 9. Zeile hat es zu lauten an Stelle „10 v. H.“ „20 v. H.“ nicht unsere Zustimmung geben, weil wir auf der ursprünglichen Fassung dieses Gesetzes beharren. Zweitens haben wir einen Zusatzantrag bereits dem Herrn Präsidenten gegeben, womit wir in das Gesetz einen Artikel eingefügt wissen wollen, welcher lautet: „In

Gemeinden bzw. Gebieten, in denen auf Grund des Gesetzes über die Einführung einer Landeskurabgabe eine Landesabgabe zu entrichten ist, entfällt die Einhebung der Fremdenverkehrsabgabe“. Wir haben im Ausschuß hinreichend dargelegt, daß wir auf Grund der ungünstigen Konkurrenzverhältnisse der Kurgemeinden gegenüber den übrigen Randgemeinden vorschlagen, daß die Einhebung der Landesfremdenverkehrsabgabe in Orten, in welchen ohnedies eine Kurtaxe eingehoben wird, zu entfallen habe, damit der große Betrag, den ohnehin ein Erholungssuchender in Kurorten zu entrichten hat, nicht noch durch eine zusätzliche Doppelbesteuerung erhöht wird. Allen unseren Argumentationen dieser Art waren leider die SPÖ und ÖVP nicht zugänglich und wir sind auch schon im Ausschuß mit unseren Argumenten nicht durchgedrungen. Es wird sehr interessant sein, in Zukunft festzustellen, wie diese Ablehnung bei den einzelnen Parteien in den Kurorten aufgenommen werden wird, wenn sie hören, daß die ÖVP und die SPÖ dieser Doppelbesteuerung ihre Zustimmung gegeben haben und daß sie jetzt vielleicht diesen Antrag, den wir stellen, ablehnen werden.

Ich darf, um mich kurz zu fassen, noch einmal sagen, daß wir den Antrag stellen, daß in Gemeinden bzw. Gebieten, in denen auf Grund des Gesetzes über die Einführung einer Landeskurabgabe eine Landeskurabgabe zu entrichten ist, die Einhebung der Fremdenverkehrsabgabe entfällt.

Landeshauptmann Krainer: Ich glaube, daß der Landtag und seine Ausschüsse gute Arbeit geleistet haben. Mit der Verabschiedung der letzten 3 Gesetze und einer Reihe von Gesetzen, die heute vormittags verabschiedet werden konnten, sind sozusagen die Schubladen der einzelnen Landesregierungsmitglieder und die Schublade des Hohen Hauses geleert und ich glaube sagen zu können, daß damit der Landtag seine Aufgabe voll und ganz erfüllt hat.

Wenn nun zu den einzelnen, heute zu beschließenden oder schon beschlossenen Gesetzen Meinungsverschiedenheiten auftauchen, so liegt das in der Natur der Sache. Es steht Meinung gegen Meinung, wobei allerdings klargestellt werden muß zu dem jetzt in Behandlung stehenden Gesetz, daß eine Doppelbesteuerung im wahrsten Sinne des Wortes nicht besteht, weil der Personenkreis, der besteuert wird, ein verschiedener ist und weil beispielsweise ein Kurgast in Gleichenberg, der von der Krankenkasse nach Gleichenberg geschickt wird, nicht fremdenverkehrsabgabepflichtig ist und nur die Kurtaxe zu zahlen hat. Daher liegt eine Doppelbesteuerung nicht vor. Außerdem hat, soweit Doppelbesteuerung vorliegt, diese doppelte Einhebung bisher bestanden und es hätte, wenn man dem Antrag des VdU die Zustimmung gäbe, bedeutet, daß man auf eine Steuer verzichtet, nämlich auf die Fremdenverkehrsabgabe, die ja in erster Linie dazu bestimmt ist, den Fremden-

verkehrsinvestitionsfonds aufzufüllen. Und diesem, der bereits sehr stark in Anspruch genommen wird, wären dann Gelder entgangen, die dazu benützt werden, um den Fremdenverkehrsbetrieben im ganzen Lande entsprechend zur Seite zu stehen und unsere Fremdenverkehrsbetriebe so einzurichten, daß der Fremde sich bei uns auch wohlfühlen kann und gerne herkommt. Es liegt also im Grunde genommen eine wirkliche Doppelbesteuerung überhaupt nicht vor.

Was aber entscheidend ist bei der Beschlußfassung dieses Gesetzes, ist, daß wir den Gemeinden nunmehr 25% der Abgaben überlassen und ich verspreche mir daraus einen wesentlichen Erfolg für den Fremdenverkehrsinvestitionsfonds. Ich bin überzeugt, daß die Gemeinden, nachdem sie nun praktisch beteiligt sind an dieser Abgabe, sich sehr bemühen werden, daß diese Abgabe, die bisher nicht in allen Fällen eingehoben wurde, restlos zur Einhebung gelangt. Und wir haben damit — und das ist vielleicht das wesentliche — auch den Forderungen der Gemeinden recht gegeben, die bisher darüber Klage geführt haben, daß sie zwar wohl im Namen des Landes diese Abgabe einheben müssen, die Marken verwalten müssen, auch Geld im vorhinein ausgeben müssen für die Marken, aber dafür nicht entschädigt werden. Wir haben ihnen nun durch die Beteiligung mit 25% jenen Teil gegeben, mit dem sie außer der Deckung der Verwaltungskosten auch noch in ihren Gemeinden fremdenverkehrsfördernde Maßnahmen ergreifen können.

Ich halte diese Gesetze bei allen Schönheitsfehlern, die fast jedes Gesetz hat, für gut und wir können damit zufrieden sein und der Landtag hat seine Aufgabe erfüllt. Es ist ja mehrfach schon vorgekommen bei Abstimmungen, daß ÖVP und Sozialisten zusammen gestimmt haben oder Sozialisten und Wahlpartei der Unabhängigen oder Wahlpartei der Unabhängigen und ÖVP, wie zum Beispiel bei dem vorhergehenden Gesetz sie die Enteignung mitbeschlossen haben. Maßnahmen, die heute hier beschlossen werden und wurden, sind notwendig und längst fällig und es ist damit eine Ordnung hergestellt, die wir für unsere Kurorte brauchen. Wenn wir vom Lande Leistungen haben wollen, müssen wir auch einsehen, daß man dem Lande auf der anderen Seite auch Leistungen bieten muß. (Beifall bei ÖVP.)

Präsident: Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Hofmann: Ich habe den Ausführungen kaum etwas hinzuzufügen und möchte nur bemerken, daß die Sozialistische Fraktion und die ÖVP-Fraktion auch deshalb trachten, daß das Gesetz hier auch wirklich Gesetz wird, weil mit Gesetzwerdung dieser Beilage 47 Jugendherbergen und gleichartige Einrichtungen von der Fremdenverkehrsabgabe befreit sind. (Landeshauptmannstellvertreter Horvatek: „Min-

destsatz!“) Also mit dem Mindestsatz und nicht so wie bisher. Ich bitte daher, die Gesetzesvorlage unverändert anzunehmen.

Abg. Scheer: Zur Geschäftsordnung! Wir haben einen Zusatzantrag, der hinreichend unterstützt ist, eingereicht und bitten um Abstimmung.

Präsident: Das wäre ohnedies geschehen, weil ich nach der Geschäftsordnung einen ordnungsgemäß eingebrachten Antrag zur Abstimmung bringe. Sie haben gehört, daß der VdU einen Zusatzantrag gestellt hat, welcher lautet: „In Gemeinden bzw. Gebieten, in denen auf Grund des Gesetzes über die Einhebung einer Landeskurabgabe eine Landeskurabgabe zu entrichten ist, entfällt die Einhebung der Fremdenverkehrsabgabe.“

Der Antrag ist ordnungsgemäß unterstützt und ich bringe ihn zuerst zur Abstimmung. Ich bitte die Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit.

Ich bringe den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und bitte die Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

12. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 48, Gesetz über die Einführung einer Landeskurabgabe.

Berichterstatter ist Abg. Sebastian. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Sebastian: Hohes Haus! Um den Kurkommissionen, welche mit dem heutigen Gesetz, dem Heilquellen- und Kurortegesetz, beschlossen wurden, eine finanzielle Grundlage zu geben, hat sich der Finanzausschuß in seiner heutigen Sitzung mit dem Gesetz über die Einführung einer Landeskurabgabe beschäftigt. Die Vorlage ist aufgelegt und es sind auch die Abänderungen, die durch den Finanzausschuß getroffen wurden, dem Hohen Haus zugegangen und es ist daher nicht notwendig daß ich diese Änderungen noch einmal zur Verlesung bringe. Ich ersuche Sie namens des Finanzausschusses, dem Gesetzentwurf und den Abänderungen des Finanzausschusses, wie sie jetzt aufgelegt sind, die Zustimmung zu erteilen.

Abg. Scheer: Hoher Landtag! Es gilt für diese Landeskurabgabe, wie sie nunmehr heißt, dasselbe, was ich vorher beim Fremdenverkehrsabgabegesetz erklärt habe, daß wir den Antrag stellen, daß auch aus diesem Landes-Kurabgabegesetz der Passus herauszufallen habe: Die neue Kurabgabe ist neben der Fremdenverkehrsabgabe nach dem Fremdenverkehrsgesetz 1952 zu entrichten. Ich stelle namens meiner Fraktion den Antrag, daß das herauskommt. Zu Ziffer c) im § 2, die lautet, daß von der Abgabepflicht ausgenommen sind Personen, die nach-

weisen, daß sie die Einrichtungen und Anlagen des Kurortes nicht benützen, haben wir im Ausschusse darauf hingewiesen, daß bei dieser Ziffer c) für jeden normal denkenden Menschen die Auffassung platzgreifen muß, daß eine Person, welche nachweisen kann, daß sie die Einrichtungen und Anlagen der Kurorte nicht benützt, von der Kurabgabe befreit ist. Da man aber im Ausschuß einwendete, daß eine solche Person schwer in der Lage sein werde, zu beweisen, daß sie die Anlagen des Kurortes nicht benützt, das heißt, daß sie nicht durch den Kurpark gegangen ist oder nicht ein Kurkonzert besucht hat, weshalb wir diesen Text belassen sollten und müßten, da damit ohne weiteres der Personenkreis festgelegt wäre, der die neue Kurabgabe zu zahlen verpflichtet ist, müssen wir dagegen halten, daß es notwendig erscheint, die Gesetzestexte so klar zu fassen, daß sie auch ein jeder gleich verstehen kann. Es erscheint sinnlos, Gesetze zu beschließen, die einen Text aufweisen, daß jeder Mensch, der nicht die Rechtswissenschaft studiert hat, ihnen einen ganz anderen Sinn geben muß als jenen, der hier im Gesetzestext aufscheint und unter lit. c), in dem hier vorgeschriebenen Text, indem Personen, wie ich schon angeführt habe, das nachweisen müßten. Wir sind dafür, daß dieser Passus zur Gänze entfällt.

Wir haben im Ausschuß weiterhin noch den Antrag gestellt, und ich wiederhole ihn hier, daß die Ärzte und deren Familienangehörige von der Kurabgabe nach den allgemeinen Gepflogenheiten in Kurorten ebenfalls von der Entrichtung der Kurtaxe oder der Kurabgabe, wie es sinngemäßer heißt, ausgenommen werden sollen. Ich stelle namens meiner Fraktion den Zusatzantrag, daß im § 2 Abs. 1 der zweite Satz entfällt und im § 2 Abs. 2 lit. c entfällt und an ihre Stelle gesetzt wird: „Ärzte und ihre Familienangehörigen“.

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wünscht der Herr Berichterstatter das Schlußwort?

Berichterstatter Abg. Sebastian: Zu der letztangeregten Änderung bemerke ich, daß sich der Ausschuß auf den Standpunkt gestellt hat, daß es nicht notwendig ist, die Ärzte und deren Angehörige gesondert anzuführen, weil nach § 2 Abs. 3, der lautet: „Die Landesregierung kann im Verordnungswege weitere Ausnahmen von der Abgabepflicht festlegen“, es möglich ist, daß dieser Personenkreis im Verordnungsweg aus der Abgabepflicht herausgenommen werden kann.

Präsident: Sie haben gehört, daß der VdU einen Zusatzantrag eingebracht hat, der lautet: „Im § 2 Abs. 1 entfällt der 2. Satz. Im § 2 Abs. 2 entfällt lit. c. Als lit. c wird neu eingeführt: „Ärzte und deren Familienangehörige“. Der Antrag ist ordnungsgemäß unterfertigt, ich bringe vorerst diesen Antrag zur Abstimmung und bitte

die Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Das ist die Minderheit, der Antrag ist abgelehnt.

Ich bringe nunmehr den Antrag des Berichterstatters, wie er im Ausschuß beschlossen wurde, zur Abstimmung und bitte jene Abgeordneten, die ihm zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Hoher Landtag! Im Einvernehmen mit der Obmännerkonferenz beantrage ich, mit der heutigen Sitzung die Frühjahrssession zu beschließen. Ich ersuche die Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Ich möchte einen kurzen Überblick über die Tätigkeit des Landtages während der Frühjahrstagung bringen.

Die Frühjahrstagung wurde am 20. Februar l. J. eröffnet. Seither haben die Landtagsausschüsse insgesamt 31 Sitzungen abgehalten. Der Landtag selbst hat sich siebenmal versammelt und 60 Geschäftsstücke erledigt.

Unter den Gesetzesbeschlüssen, die der Landtag in der Frühjahrstagung gefaßt hat, befinden sich das Tierschutzgesetz und die land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsordnung. Auch verweise ich auf das bereits kundgemachte Grundverkehrsgesetz und die heute verabschiedeten Gesetze, denen eine besondere Bedeutung zukommt.

Ich glaube, der Meinung Ausdruck geben zu können, daß die Landtagsabgeordneten mit Befriedigung auf ihre Tätigkeit in der abgelaufenen Session zurückblicken können.

Ich nehme den Abschluß der Tagung gerne zum Anlaß, um allen Abgeordneten, insbesondere jenen, die Mitglieder der Ausschüsse sind, für die geleistete intensive Arbeit aufrichtig zu danken.

Zum Schluß erlaube ich mir, den Mitgliedern der Landesregierung und allen Abgeordneten einen schönen Sommer zu wünschen.

Ich schließe die Frühjahrstagung und die heutige Sitzung.

Schluß der Sitzung: 21 Uhr.